



DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFTSPOLITIK DER EU

Beiträge zum Diskussionsprozess
„Lissabon Post 2010“

Herausgeber und Medieninhaber:
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) • Center 1
Stubenring 1 • 1010 Wien

Projektleiter: Sektionsleiter Dr. Michael Losch
Projektteam: Dr. Christina Burger, Mag. Verena Farré Capdevila
Redaktion: BMWA • Center 1 • Abteilung 1
Layout: Claudia Goll • BMWA
Druck: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Wien, Oktober 2008
Druck- und Satzfehler vorbehalten

DIE LISSABON-STRATEGIE - POST 2010

Wie soll es weitergehen?

Fritz Breuss

Europainstitut an der WU-Wien und
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

September 2008

INHALT

1. Einleitung	131
2. Eine kurze Geschichte des Wandels der Lissabon-Strategie	132
2.1 Die ursprüngliche Lissabon-Strategie 2000	133
2.2 Die erneuerte Lissabon-Strategie 2005	136
2.3 Außendimension der Lissabon-Strategie – „Global Europe“ 2006	140
3. Stärken und Schwächen der bisherigen Lissabon-Strategie(n)	145
3.1 Stärken	145
3.2 Schwächen	146
3.3 Was geht auf das Konto der Lissabon-Strategie?	149
3.4 The costs of „non-Lisbon“	149
4. Die Zukunft Europas nach 2010? – alte und neue Herausforderungen?	152
4.1 Globalisierung	152
4.2 Überalterung der Bevölkerung	154
4.3 Workfare statt Welfare	155
4.4 Umwelt – Klimaschutz – Energie	157
4.5 Akzeptanz der EU in der Bevölkerung	159
5. Post-2010: Einige politische Empfehlungen wie es weiter gehen könnte	160
5.1 Ein anderes „Lissabon“ oder eine neue Strategie mit neuem Namen?	160
5.2 Lissabon-Plus und Euro-Welt 2015	161
5.3 Mehr und erweiterter Binnenmarkt als EU-Globalisierungsstrategie	163
5.4 „Social Europe in a Global World“ – das ultimative Ziel der EU	166
6. Literatur	169

DIE LISSABON-STRATEGIE - POST 2010 WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

Fritz Breuss¹

1. Einleitung

Die Lissabon-Strategie (L-S) ist ein ehrgeiziger Versuch der Europäischen Union, zum einen dem immer noch unvollendeten Binnenmarktes den fehlenden Schwung zu verleihen, zum anderen durch ein ambitioniertes, fast planwirtschaftlich anmutendes Programm die Wachstumsdynamik der EU zu steigern und damit mehr Menschen Beschäftigung zu verschaffen. Auf der Tagung des Europäischen Rates (ER) in Lissabon im März 2000 lanciert, nähert sich das 10-Jahresprogramm langsam dem Ende zu. Der neue Programmzyklus läuft von 2008-2010 und soll dazu beitragen, möglichst viele der hochgesteckten Ziele (doch noch) zu erreichen.

Trotz einer enttäuschenden Halbzeitbilanz der L-S durch den Kok-Bericht hat die folgende Neubesinnung und Straffung der Ziele auf „Wachstums und Beschäftigung“ kaum nennenswert bessere Erfolge gebracht. Zudem hat sich zwischenzeitlich wieder die Unsitte breit gemacht, alles, was nicht zu den üblichen im EG-Vertrag verankerten Politikbereichen gehört, der L-S aufzuhalten. Die L-S artet damit zu einem politischen Lückenbüßer oder zu so einem Wunderding wie die „Eier legende Wollmilchsau“ der EU-Wirtschaftspolitik aus.

Der ER hat in seiner Frühjahrstagung 2008 die Kommission, den Rat und die nationalen Lissabon-Koordinatoren aufgefordert, erste Überlegungen über die Zukunft der L-S für die Zeit nach 2010 anzustellen. Zu diesem Zweck werden im Folgenden nach einem kurzen Abriss der Geschichte des Wandels der L-S, der Skizzierung ihrer Stärken und Schwächen sowie der Darlegungen der wesentlichen Herausforderungen für Europa nach 2010 Vorschläge vorgestellt, wie es mit der L-S oder ohne sie weitergehen könnte. Zunächst wird „Euro-Welt 2015“ vorgestellt, eine Strategie, die von Experten in Vorbe-

¹ Fritz.Breuss@wu-wien.ac.at und Fritz.Breuss@wifo.ac.at

reitung auf die französische Präsidentschaft für Post-2010 entworfen wurde. Nach einer kritischen Bewertung werden abschließend eigene Vorschläge für Post-2010 präsentiert.

2. Eine kurze Geschichte des Wandels der Lissabon-Strategie

Nach der Erkenntnis, dass der Binnenmarkt, der am 1. Jänner 1993 in Kraft trat, (noch) nicht die erwarteten Integrationsgewinne gebracht hatte, entschloss sich der Europäische Rat im März 2000 in Lissabon mit einer an „planification“ à la France erinnernden strategischen Zielvorgabe das Ruder herumzureißen. Die Union setzte sich damals für das kommende Jahrzehnt „das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“²

In diesem Zielkatalog sind alle Ingredienzien enthalten, die die neue Wachstumstheorie für hochentwickelte Volkswirtschaften als Voraussetzung für die Steigerung des langfristigen Wachstumspotentials und damit der Wettbewerbsfähigkeit der EU ansieht: Investitionen in „Wissen“ (Humankapital), technischen Fortschritt (totale Faktorproduktivität), „Vollbeschäftigung“. Angereichert wurden diese Ziele durch Forderungen um „Nachhaltigkeit“ und Erhaltung der hohen „Sozialstandards“ - zumindest in den alten EU-Mitgliedstaaten - und Modernisierung des „Europäischen Sozialmodells“.

Als ein wichtiger Vorläufer der Lissabon-Strategie mit ähnlicher Zielsetzung (allerdings ohne fixes Datum) gilt das Weißbuch von Jacques Delors „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung: Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert“ aus dem Jahr 1993 (Delors-Weißbuch, 1993), das noch im Jahr des Inkrafttretens des Binnenmarktes publiziert wurde.

² Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Lissabon), 23. und 24. März 2000, S. 2 (ER, 2000A).

2.1 Die ursprüngliche Lissabon-Strategie 2000

Die Lissabon-Strategie (LS) hat in der Folge mehrere Phasen durchlaufen. Die Lissabon-Strategie alt (L-S 2000) wurde auf dem ER in Lissabon im März 2000 aus der Taufe gehoben.

(1) Ziele

In Lissabon und auf einigen folgenden (meist Frühjahrs-)Tagungen des Europäischen Rates (ER) wurden diese Vorgaben mit quantitativen Zielen ergänzt und der Zielkatalog der L-S 2000) erweitert:

ER Lissabon (2000A):

- ▶ 3% Wirtschaftswachstum pro Jahr (kein „echtes“ Ziel, nur ein Wunsch)
- ▶ 70% Beschäftigungsquote insgesamt (bis 2010)
- ▶ 60% Beschäftigungsquote Frauen (bis 2010)

ER Stockholm (2001A):

- ▶ 50% Beschäftigungsquote für ältere Männer und Frauen (zwischen 55 und 64; bis 2010)

ER Göteborg (2001B):

- ▶ Nachhaltige Entwicklung (Umweltdimension der L-S)

ER Barcelona (2002):

- ▶ 3% des BIP für F&E-Ausgaben gesamt (bis 2010)³
- ▶ 8% Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 (Kyoto-Protokoll)
- ▶ Vorruhestand Anhebung um 5 Jahre bis 2010
- ▶ Aktive „Vollbeschäftigung“ ist Hauptziel – die L-S kennt 3 Säulen (Wirtschaft, Soziales, Umwelt).

³ Der ER hat auf dem Frühjahrsgipfel 2006 (siehe ER, 2006, S. 5 und Anlage I) bekräftigt, daß F&E für künftiges Wachstum wichtig sind und das Gesamtziel von 3% F&E-Ausgaben in % des BIP bis 2010 unter Berücksichtigung der verschiedenen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten erreicht werden sollten. Die länderspezifischen Zielvorgaben reichen von 0,75% in Malta bis 4% in Finnland und Schweden. Österreich will 3% erreichen.

Keine konkreten (quantitativen) Ziele gab es für „Wettbewerbsfähigkeit“ (auch in späteren Versionen nicht), außer dass – wie in der ursprünglichen Zielsetzung der L-S gefordert - Europa der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt“ werden soll! Manche interpretieren „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ als ein „Produktivitätsproblem“⁴. Krugman (1999) sieht in der Beschwörung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Ländern (oder der EU insgesamt) eine „gefährliche Obsession“⁵. Wettbewerbsfähigkeit hängt von einer Vielzahl von Indikatoren ab: Produktqualität, Produktivität, Lohnniveau, Lohnstückkosten, nicht zuletzt vom Wechselkurs. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu definieren ist viel schwieriger als die eines Unternehmens. Weil der Begriff internationale Wettbewerbsfähigkeit so vage und vieldeutig ist, war die Erfüllung des diesbezüglichen hehren Lissabon-Zieles auch nie realistisch und war niemals zu erreichen. Noch unwahrscheinlicher wird es durch das immer stärkere Auftreten neuer dynamischer Konkurrenten wie z.B. China und Indien.

(2) Governance – „Europäisches Regieren“?

Zur Umsetzung wurde eine „kohärentere und systematischere Vorgangsweise“ versprochen. Zwar wurde betont, dass ein neuer Prozess nicht erforderlich sei. „Die bestehenden Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der Luxemburg– (Beschäftigung), der Cardiff– (Funktionieren des Binnenmarktes) und der Köln-Prozess (Makroökonomischer Dialog) bieten die erforderlichen Instrumente, sofern diese vereinfacht und besser koordiniert werden, insbesondere indem der Rat in seinen anderen Formationen zur Ausarbeitung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik durch den Rat "Wirtschaft und Finanzen" beiträgt.“ (ER Lissabon, 2000, S. 12). Dennoch gewinnt man den Eindruck, dass mit der L-S ein neuer „Überprozess“ geschaffen wurde, der die bisherigen obsolet gemacht hat.

⁴ Denis et al. (2005) sehen einen wesentlichen Grund für die Nichterfüllung der Lissabon-Ziele in einem strukturellen Produktivitätsproblem, das weitestgehend dann auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst. Dazu analysieren sie sehr detailliert Industrie- und Dienstleistungssektoren – auch im Vergleich zu den USA. Das Journal of Industry, Competition and Trade (2006) widmet ein ganzes Spezialheft den verschiedenen Begriffen/Definitionen internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

⁵ Aiginger (2006) hat versucht, vom Krugman-Begriff loszukommen und eine sinnvolle Definition von „Wettbewerbsfähigkeit“ anzubieten. Danach sollte sie identifiziert werden mit einer wohlfahrtssteigenden Möglichkeit von Volkswirtschaften mit positiven externen Effekten.

Als Neuerung wurde zur Umsetzung der L-S ein „neues offene Koordinierungsverfahren“ eingeführt (auch „Offene Methode der Koordinierung“⁶ – OMK – genannt). Die OMK besteht aus folgenden Komponenten (ER Lissabon, 2000, S. 12-13):

- ▶ Festlegung von Leitlinien für die Union mit einem jeweils genauen Zeitplan für die Verwirklichung der von ihnen gesetzten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele;
- ▶ Festlegung quantitativer und qualitativer Indikatoren und Benchmarks zum Vergleich mit den Besten der Welt (best practices);
- ▶ Umsetzung dieser europäischen Leitlinien in die nationale und regionale Politik durch Vorgabe konkreter Ziele und den Erlass entsprechender Maßnahmen unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Unterschiede;
- ▶ regelmäßige Überwachung, Bewertung und gegenseitige Prüfung im Rahmen eines Prozesses, bei dem alle Seiten voneinander lernen.

Das OMK ist ein klassischer Fall von „soft law“ im Gegensatz zum „hard law“ der EU, das durch Primär- und Sekundärrecht geregelt ist. D.h. die OMK kennt keine Sanktionen, sondern nur ein an den Pranger stellen („naming and shaming“). Der ER hat sich mit der OMK eine führende und koordinierende

⁶ Die OMK wurde bereits anlässlich der Lancierung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) auf dem Beschäftigungsgipfel von Luxemburg (November 1997) als neue Arbeitsmethode eingeführt. Die strukturellen und makroökonomischen Probleme der neunziger Jahre machten deutlich, dass eine koordinierte Reaktion auf europäischer Ebene erforderlich war. Das „Delors-Weißbuch“ von 1993 über „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ war der erste Schritt in Richtung auf eine wirkliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Auf der Grundlage des Weißbuchs stellte der Europäische Rat von Essen fünf Schlüsselziele auf, die die Mitgliedstaaten verfolgen werden: (i) Entwicklung der Humanressourcen durch Förderung der Berufsbildung, (ii) Förderung von Arbeitsplatz schaffenden Investitionen durch eine maßvolle Lohnpolitik (im Delors-Weißbuch wurde sogar gefordert, dass die Sozialpartner Lohnabschlüsse tätigen mögen, die unter dem Produktivitätswachstum liegen!), (iii) Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Arbeitsverwaltungen, (iv) Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch lokale Initiativen und (v) Förderung des Zugangs von spezifischen Zielgruppen zum Arbeitsmarkt, z. B. von Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und Frauen. Diese zentralen Ziele der „Essener Strategie“ (in der Folge „Luxemburg-Prozess“ genannt) war allerdings ohne den entschlossenen Einsatz der Mitgliedstaaten nur schwer zu erreichen. Mit der Lancierung der EBS auf dem Beschäftigungsgipfel von Luxemburg (im November 1997) wurde das Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam (in Kraft erst am 1.5.1999), der einen neuen Titel VIII „Beschäftigung“ einführte, vorweg genommen (Näheres auf der homepage: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11318.htm>).

im Hinblick auf die Gesamtkompetenz und der wirksamen Überwachung der Fortschritte selbst zugesprochen. Zu diesem Zweck hält der ER jedes Frühjahr (im März) eine Tagung über Wirtschafts- und Sozialfragen ab. Die OMK ist im EGV direkt nicht verankert, sondern ist mehr oder weniger eine „neue Form des Europäischen Regierens“ (siehe Weißbuch der EK, 2001, 2003) und insofern eine intergovernmentale Kompetenz der Staats- und Regierungschefs im ER. Dass die OMK im Mittelpunkt der Umsetzung der L-S steht, ist gleichzeitig ihr Vor- und ihr Nachteil.

Von Vorteil kann es sein, dass es mit der OMK möglich ist, Kompetenzen, die laut EGV den Mitgliedstaaten vorbehalten sind (im Bereich Soziales, Beschäftigung, Energie, Umwelt etc.) auf die EU-Ebene zu heben und dort zu koordinieren. Der Nachteil der OMK besteht darin, dass sie ohne harte Sanktionen auskommen muss, was dazu beiträgt, dass die von der L-S geforderten Reformmaßnahmen nur zögerlich oder gar nicht implementiert werden und so die angepeilten Ziele der L-S nicht erreichen lässt.

2.2 Die erneuerte Lissabon-Strategie 2005

Nach einer enttäuschenden Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie (dokumentiert im Kok-Bericht; Kok, 2004)⁷ - es wurden praktisch keine der hochgesteckten Zwischenziele erreicht - wurde im Frühjahr 2005 ein Neustart versucht. Mit der LS 2005 wurden die Ziele gestrafft und die zur Umsetzung notwendige Governance wurde kohärenter und (etwas) vereinfacht⁸.

(1) Fokussierung der Ziele

Die Neubelebung der L-S durch den ER im März 2005 (ER Brüssel, 2005A) zielte auf eine Partnerschaft von „Wachstum und Beschäftigung“ ab. Indem die Prioritäten auf Wachstum und Beschäftigung konzentriert wurden, wurde der Kritik im Bericht von Kok (2004; siehe auch Breuss, 2005) Rechnung

⁷ Auch von theoretischer Seite wurde die alte L-S von vielen Ökonomen kritisiert (siehe z.B. Kohler, 2006) sowie Pisani-Ferry (2006).

⁸ Siehe die homepage der Europäischen Kommission „Wachstum und Beschäftigung“: http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm

getragen, der die oftmals widersprüchliche Zielsetzung der L-S alt⁹ und die komplizierte Governance kritisierte. Dazu sollten alle geeigneten einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Mittel – einschließlich der Kohäsionspolitik – in den drei Dimensionen der L-S (Wirtschaft, Soziales und Umwelt) mobilisiert und die Synergien zwischen ihnen verbessert werden. Nicht nur die EU-Ebene (der ER) sollte für die Umsetzung der L-S verantwortlich sein, sondern die Mitgliedstaaten (MS) und alle anderen Beteiligten (Parlamente, regionale und lokale Stellen, Sozialpartner, Zivilgesellschaft) sollten sich die Strategie zu Eigen machen und aktiv an der Verwirklichung ihrer Ziele beteiligen. Zusätzlich wurde gefordert – was auch umgesetzt wurde –, dass mit der Finanziellen Vorausschau 2007-2013¹⁰ die angemessenen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten (siehe ER Brüssel, 2005A, S. 2).

Durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) wurde den Prioritäten des L-S neu dadurch Rechnung getragen, dass Budgetausgaben (für Bildung, F&E etc.), die der Verwirklichung der L-S-Ziele dienen, bei der Bewertung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der MS im Hinblick auf ein übermäßigen Defizits explizit Berücksichtigung finden (siehe Breuss, 2007).

All dies sollte „...den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, in vollem Umfang ihre Rolle bei der Wiederankurbelung eines langfristigen Wachstums zu spielen“ (ER Brüssel, 2005A, S. 2).

⁹ Eine ausführliche Behandlung der Frage, inwieweit es einen trade-off zwischen Produktivität und Beschäftigung gibt, findet man in EK (2007D, chapter 3).

¹⁰ In der Finanzielle Vorausschau 2007-2013 wurden – angeregt durch die Vorschläge im Sapir-Bericht (Sapir et al., 2004) von den traditionellen Ausgabenbereichen (insbesondere für die Gemeinsame Agrarpolitik) zu den mehr zukunftssträchtigen umgeschichtet. Der Anteil der Ausgaben für das neue Kapitel „Nachhaltiges Wachstum“ mit den an die L-S angelehnten Unterkapiteln „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstums und Beschäftigung“ (L-S) sowie „Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung“ (bisherige Kohäsions-/Strukturpolitik) liegt nun mit über 44% der gesamten Mittel für Verpflichtungen im Durchschnitt 2007-2013 über jenem der Ausgaben für die Landwirtschaft („Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen“) mit 43%.

(2) Vereinfachte Governance – Verbesserung der Politikgestaltung

Der neue Ansatz der L-S basiert auf dreijährigen Zyklen (2005-2008, 2008-2010) und umfasst folgende Schritte (ER Brüssel, 2005A, S. 12-14):

- ▶ Am Beginn stand ein Strategiebericht der Kommission, der in der folgenden Frühjahrstagung des ER erörtert wurde;
- ▶ Gemäß den Verfahren der Artikel 99 und 128 des Vertrags und auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates nimmt der Rat "integrierte Leitlinien" (IL)¹¹ an, die aus zwei Komponenten bestehen: den Grundzügen der Wirtschaftspolitik (GWP) und den Leitlinien für die Beschäftigungspolitik.
- ▶ Basierend auf IL erstellen die MS „nationale Reformprogramme“ (NRP)
- ▶ Jeder MS ernennt einen „nationalen Lissabon-Koordinator“
- ▶ Die EK unterbreitet als Gegenstück zu den NRP ein "Lissabon-Programm der Gemeinschaft“, das alle auf Gemeinschaftsebene zu treffenden Maßnahmen für „Wachstum und Beschäftigung“ umfasst.
- ▶ Die OMK wird weiter angewendet
- ▶ Die EK erstattet jährlich über die Umsetzung der Strategie in den „drei Dimensionen“ Bericht.
- ▶ Für die GWP gelten die bestehenden multilateralen Überwachungsverfahren weiter.

Das Berichtswesens wurde durch die Erfassung von 14 Strukturindikatoren (kurze Liste) vereinfacht. Auf der Frühjahrstagung des ER 2006 (ER, 2006) wurden vier Bereiche als Eckpfeiler für die erneuerte Lissabonstrategie festgelegt: (i) Investieren in Wissen und Innovation, (ii) Erschließen des Unternehmenspotentials, (iii) Investieren in Menschen und Modernisierung der Arbeitsmärkte, und (iv) Investieren in eine umweltfreundlichere Wirtschaft.

¹¹ Siehe die 24 „Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008)“ in Anlage II zu ER Brüssel (ER, 2005B) oder – ausführlicher - auf der L-S-homepage „Wachstum und Beschäftigung“: http://ec.europa.eu/growthandjobs/guidelines/index_de.htm. Siehe auch die gesetzliche Verankerung der beschäftigungspolitischen Leitlinien in: 2005/600/EG: Entscheidung des Rates vom 12. Juli 2005 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten Amtsblatt Nr. L 205 vom 06/08/2005 S. 0021 – 0027.

Die kurze Liste mit 14 Strukturindikatoren¹² erfasst folgende Sachverhalte: (a) Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund: 1. BIP pro Kopf in KKS, 2. Arbeitsproduktivität; (b) Beschäftigung: 3. Beschäftigungsquote, 4. Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger; (c) Innovation und Forschung: 5. Bildungsstand der Jugendlichen, 6. Bruttoinlandsausgaben für F&E; (d) Wirtschaftsreform: 7. Vergleichende Preisniveaus; (e) Sozialer Zusammenhalt: 9. Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen, 10. Langzeitarbeitslosenquote, 11. Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten; (f) Umwelt: 12. Emission von Treibhausgasen, 13. Energieintensität der Wirtschaft, 14. Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP.

Abgesehen davon, dass diese Indikatoren dem Vergleichen (Benchmarking) im Rahmen der OMK dient, liegt ihr Hauptnutzen darin, dass man einen laufend aktualisierten statistischen Vergleich innerhalb der EU-Mitgliedstaaten und mit einigen Drittstaaten (USA, Japan etc.) bekommt.

(3) Abstimmung mit anderen Politikbereichen

In dem Ausmaß wie sich die L-S allmählich zu einer umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie der EU entwickelt, stellt sich immer wieder von Neuem die Frage der Abstimmung mit den anderen – im EGV verankerten – Politikbereichen. Das ökonomische Herzstück der EU ist der Binnenmarkt. Dieser kann nur funktionieren, wenn die Liberalisierung in allen Bereichen (immer noch offen sind Dienstleistungen, Finanzmärkte¹³ und Energie) abgeschlossen ist und die Wettbewerbspolitik zur Gewährleistung der Chancengleichheit effektiv ist. Aufbauend auf dem Binnenmarkt hat sich mit der Schaffung der Währungsunion mit der Einheitswährung Euro eine ganz spezifische – asymmetrische – Makropolitik herausgebildet: Die Geldpolitik wird zentral von der EZB für den Euroraum gestaltet. Die Mitgliedstaaten behalten nur noch die Kompetenz für die Wirtschaftspolitik (insbesondere Fiskalpolitik), sie wird aber durch strenge Regeln (z.B. durch den Stabilitäts- und Wachs-

¹² Die Daten für die 14 Strukturindikatoren findet man auf der homepage von Eurostat: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1133,47800773,1133_47802588&_dad=portal&_schema=PORTAL

¹³ Angesichts der internationalen Finanzkrise und der bis zur Verstaatlichung von Banken reichenden Gegenmaßnahmen der EU-Mitgliedstaaten dürfte hier ein Umdenken notwendig sein.

tumspakt – SWP; siehe Breuss, 2007) koordiniert. Geld- und Fiskalpolitik kann man als Nachfrage- bzw. Makropolitik bezeichnen. Sie beeinflussen durch ihre vorrangig auf Konjunkturstabilisierung ausgerichtete Zielsetzung natürlich letztlich auch das langfristige Wachstum. Dagegen ist die L-S eine angebotsseitige auf die Steigerung des langfristigen Wirtschaftswachstums (und Beschäftigung) ausgerichtete Politik. Beide Wirtschaftspolitiken können sich gegenseitig ergänzen oder konterkarieren. Daher ist eine Abstimmung dringend notwendig. Letztlich haben die Makropolitiken Vorrang, weil sie konkrete (und auch im EGV oder im Sekundärrecht verankerte) quantitative Ziele zu erreichen haben (Geldpolitik – 2% Inflationsziel; SWP – 3% des BIP Budgetdefizit; Annäherung an eine Schuldenquote von 60% des BIP), die auch sanktioniert werden können („hard law“), während die L-S zwar Ziele (oder Wünsche) kennt, die aber nie sanktioniert werden („soft law“).

Im Lissabon-Vertrag (VvL, EUV, Art. 3) findet man im Zielkatalog mit folgender Formulierung eine nahezu umfassende Zusammenführung von Binnenmarkt, Lissabon-Strategie und Währungsunion: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.“

Mehr kann man sich nicht wünschen!

2.3 Außendimension der Lissabon-Strategie – „Global Europe“ 2006

Die bisherigen Konzepte der Lissabon-Agenda, insbesondere L-S 2005 („Wachstum und Beschäftigung“) war im Wesentlichen eine „interne Agenda“. Diese sollte nach Meinung der Europäischen Kommission (siehe EK, 2006B) durch eine „externe Agenda“ ergänzt werden, die die „europäische Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Welt“ stärken sollte.

Nach der ins Stocken geratenen Doha-Runde im Rahmen der WTO hat die EK im Jahr 2006 eine handelspolitische Strategie entwickelt, die „Handelspolitik mit der Lissabon-Strategie“ verknüpfen will. Diese Strategie läuft unter dem Schlagwort „Global Europe: competing in the world“¹⁴.

Die Strategie des „Global Europe“ wurde von der Europäischen Kommission am 4. Oktober 2006 (EK, 2006B) vorgestellt und postuliert folgende Ziele¹⁵:

► Binnendimension:

Mit der „Bürgeragenda“ untersucht die Europäische Kommission¹⁶ wie der Binnenmarkt den Unternehmen noch besser helfen kann, sich für den internationalen Wettbewerb anzupassen. Dazu ist aber auch notwendig, den (EU-skeptischen) BürgerInnen zu kommunizieren, dass die Vorteile der Liberalisierung im Binnenmarkt und durch einen offenen Welthandel (möglichst) allen zugute kommen (Beispiel: Liberalisierung des Textilhandels ab 2005).

► Außendimension:

Handelspolitik soll in die Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU integriert werden.

Eine starke Wettbewerbsfähigkeit auf dem EU-Binnenmarkt ist Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit

Die EU ist der WTO und ihrem multilateralen Liberalisierungsansatz verpflichtet und bemüht sich, die stockende Doha-Runde (Doha Development Agenda – DDA) wieder zu beleben und möglichst abzuschließen.

Die Kommission schlägt eine neue Generation von bilateralen Freihandelsabkommen (FHA) mit den wichtigsten Handelspartnern vor, die auf WTO-Regeln aufbauen, um Themen anzupacken, die noch nicht reif genug für multilaterale Lösungen sind, aber als Vorbereitung für multilaterale Verhandlungen in der nächsten Stufe dienen können.

¹⁴Siehe die entsprechende Webseite der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/competitiveness/global_europe_en.htm

¹⁵Siehe Näheres auf der Webseite der DG Trade der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/competitiveness/pr041006_en.htm

¹⁶Am 10. Mai 2006 hat die Europäische Kommission eine „Bürgeragenda“ vorgeschlagen, um die Union der BürgerInnen näher zu bringen. Die entsprechende homepage lautet: http://ec.europa.eu/news/justice/060518_1_de.htm

Vor allem geht es um den Schutz geistigen Eigentums mit schärferen Sanktionen gegen Fälschungen und einer neuen Kooperation mit den Haupthandelspartnern.

Die Kommission will ihre Marktzugangsstrategie erneuern und ausdehnen auf nicht-tarifäre Handelshemmnisse und die Industrie bezüglich der wichtigsten betroffenen Sektoren befragen. Die Kommission will sich auch bemühen, dass Firmen aus der EU einen besseren Zugang zu den wichtigsten Märkten mit öffentlichen Ausschreibungen erhalten.

(1) Die „Globalisierungspolitik“ der EU

Die EU begegnet dem Druck der Globalisierung auf zwei Arten (siehe Breuss, 2008B):

- ▶ Zum einen durch die Ausweitung des Binnenmarktes und damit der Steigerung des Intra-EU-Handels und
- ▶ zum anderen durch die Abfederung sozialer Härten durch eine bewusste „Globalisierungspolitik“. Dazu zählt vor allem der 2006 geschaffene Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF).

Seit 2007 unterhält die EU einen „Globalisierungsfond“, genauer den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)¹⁷, der maximal bis zu 500 Mio. Euro pro Jahr Beihilfe vergeben kann „um Arbeitskräfte zu helfen, die infolge von weit gehenden strukturellen Veränderungen im Welthandelsgefüge entlassen werden“.

(2) Lissabon-III – Der neue Programmzyklus (2008-2010)

Die EU ist soeben für 2008-2010 in den neuen Programmzyklus der erneuerten L-S für Wachstum und Beschäftigung eingetreten (siehe ER, 2008A, S. 2-10). Neben den auf der Frühjahrstagung des ER 2006 als Eckpunkte der erneuerten L-S vereinbarten vier vorrangigen Bereiche (siehe weiter oben) wurde auf der Frühjahrstagung des ER 2008 eine „fünfte Grundfreiheit“, der freie Verkehr von Wissen angemahnt. Dazu sind alle Hemmnisse die für die

¹⁷Über die bisherigen Erfahrungen (ausgeschüttete Mittel, Verteilung auf Länder und Fälle), siehe die Webseite der Europäischen Kommission, GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit: http://ec.europa.eu/employment_social/egf/index_de.html

grenzüberschreitende Mobilität von Forschern, Studenten und Hochschul-lehrern notwendig sind zu beseitigen. Es geht um die Schaffung eines Europäischen Hochschul- und Forschungsraums (EFR)¹⁸. Ausgehend von den Vorschlägen im Sapir-Report (siehe Sapir et a., 2004) wurde – in Anlehnung an den US-amerikanischen National Science Foundation (NSF) - ein Europäischer Wissenschaftsrat (European Research Council – ERC) gegründet.

Der ERC (siehe: <http://erc.europa.eu/>) ist eine Institution zur Finanzierung von Grundlageforschung, die die EK als Teil des spezifischen Programms Ideen im 7. Forschungsrahmenprogramm der EK gegründet hat¹⁹.

Lissabon- III basiert auf einem Grundsatzpapier der Europäischen Kommission (EK, 2007E) für den Programmzyklus 2008-2010 und besteht aus 10 Hauptzielen, die auf den 24 Integrierten Leitlinien beruhen und auf den vier vorrangigen Bereichen (siehe oben) aufbauen. Im Lissabon-Programm der Gemeinschaft (LPG) 2008-2010 wird ähnlich wie bei dem nationalen Reformprogramm eines MS dargelegt, welche Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene zur Umsetzung der Lissabon-Ziele gesetzt werden müssen. Laut EK (EK, 2007E, S. 3) wurden bis Mitte 2007 mindestens 87 von 102 im ursprünglichen LPG von 2005 angekündigten Maßnahmen erfolgreich durchgeführt.

Wenn die folgenden 10 Hauptziele bis 2010 (EK, 2007E, S. 4-5) umgesetzt werden, würde es laut Modellberechnungen der EK zu einem Anstieg des realen BIP um 2,75% bis 2020 kommen:

1. Neue Sozialagenda: Die Kommission wird (hat bereits) bis Mitte 2008 eine erneuerte Sozialagenda vorlegen (vorgelegt²⁰).

¹⁸ Im Jahr 2000 entschied sich die EU zur Schaffung des Europäischen Forschungsraums (EFR); siehe die homepage: http://ec.europa.eu/research/era/index_de.html

¹⁹ Siehe die Research homepage der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/research/>. Die jüngste Errungenschaft ist die Schaffung des European Institute of Innovation and Technology (EIT), das nach Beschluss der MS vom 18. Juni 2008 seinen Sitz in Budapest hat. Das EIT ist die erste europäische Initiative, die die drei Seiten des "Wissensdreiecks" (Hochschulbildung, Forschung und Unternehmensinnovationen) voll integriert.

²⁰ Die EK hat am 2. Juli 2008 die „Neue Sozialagenda“ vorgelegt (siehe: EK, 2008A; und die homepage: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=547&langId=de>). Die bisherige Sozialagenda (Europäische Sozialagenda) wurde vom ER in Nizza (ER, Nizza, 2000B; S. 3-5) als ein wichtiges Instrument zur Stärkung des europäischen Sozialmodells (es stützt sich auf gute Wirtschaftsleistungen, ein hohes Sozialschutzniveau, einen hohen Bildungs- und Ausbildungsstand und sozialen Dialog. Ein aktiver Sozialstaat sollte Arbeitsanreize bieten, da Beschäftigung die beste Garantie gegen soziale Ausgrenzung ist.) vereinbart.

-
2. Einwanderungspolitik: Die Kommission wird im Jahr 2008 Vorschläge für eine gemeinsame Einwanderungspolitik vorlegen.²¹
 3. KMU: Die Gemeinschaft wird eine Regelung für kleine Unternehmen, einen „Small Business Act“, einführen, mit deren Hilfe das Wachstumspotenzial der KMU während ihres gesamten Lebenszyklus erschlossen werden kann.
 4. Better Regulation: Die Gemeinschaft wird Schritt für Schritt das Ziel verwirklichen, die EU-Verwaltungslasten bis zum Jahr 2012 um 25 % zu verringern und ein ehrgeiziges Vereinfachungsprogramm umzusetzen.
 5. Binnenmarkt: Die Gemeinschaft wird den Binnenmarkt konsolidieren, für mehr Wettbewerb bei Dienstleistungen²² (Stichwort „Dienstleistungs-Richtlinie“²³) sorgen sowie weitere Schritte hin zu einer Integration der Märkte für Finanzdienstleistungen²⁴ unternehmen.
 6. Fünfte Grundfreiheit: Die Gemeinschaft wird die „fünfte Grundfreiheit“, den freien Verkehr von Wissen, verwirklichen und einen echten Europäischen Forschungsraum schaffen.
 7. Innovationen: Die Gemeinschaft wird die Rahmenbedingungen für Innovation verbessern.
 8. Energiebinnenmarkt: Die Gemeinschaft wird den Binnenmarkt für Energie vollenden und das Klimapakett verabschieden.
 9. Industriepolitik: Die Gemeinschaft wird eine Industriepolitik fördern, die auf eine nachhaltigere Produktion und einen nachhaltigeren Verbrauch ausgerichtet ist.

²¹ Unter französischer Präsidentschaft hat der Europäische Rat (siehe ER, 2008B, S. 8) den "Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl" angenommen.

²² Siehe die homepage der EK „Der EU Binnenmarkt“ – Der Binnenmarkt für Dienstleistungen: http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/index_19_de.htm

²³ Siehe die homepage der EK – „Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt“: http://ec.europa.eu/internal_market/services/services-dir/index_de.htm

²⁴ Siehe die homepage der EK – „Finanzdienstleistungen“: http://ec.europa.eu/internal_market/services/services-dir/index_de.htm

Angesichts der dramatischen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise werden über das effizientere Funktionieren der europäischen Finanzmärkte neue Überlegungen (mehr europäische und globale Regulierungsregeln etc.) angestellt werden müssen.

10. Externe Agenda: Die Gemeinschaft wird auf bilateraler Ebene mit den wichtigsten Handelspartnern über die Erschließung neuer Möglichkeiten für internationalen Handel und internationale Investitionen verhandeln und einen gemeinsamen Raum mit kompatiblen Rechtsvorschriften und Normen schaffen.

So interessant die 10 Hauptziele für sich genommen sind (und sie wurden auf dem Frühjahrsgipfel des ER (ER, 2008A, S.2) angenommen), so verwirrend ist die Sache nun wieder. In der Neubesinnung der L-S 2005 hat man – wegen der schlechten Erfahrungen mit der Vielzahl von Zielen der L-S 2000 - versucht, sich auf zwei Hauptziele „Wachstums und Beschäftigung“ zu konzentrieren. Nun wird unter der Bezeichnung LPG 2008-2010 wieder von 10 Hauptzielen gesprochen! Von den 10 Hauptzielen sind im Wesentlichen nur die Ziele 6 und 10 relativ neu. Bei allen anderen Zielen handelt sich um eine neuerliche Fortschreibung bisher verzögerter Reformschritte.

3. Stärken und Schwächen der bisherigen Lissabon-Strategie(n)

Mehrfach wird in den Schlussfolgerungen des ER betont, dass „Vollbeschäftigung in der Europäischen Union ist das Kernstück der Lissabonner Strategie und das Hauptziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (ER, Barcelona, 2002, S. 10). Obwohl in den Neuaufgaben (L-S 2005) bzw. in der Erweiterung um die Außendimension (L-S 2006) wieder andere Prioritäten – „Wachstum und Beschäftigung“ – „Globale Wettbewerbsfähigkeit“ – angesprochen sind, bleibt als Kern der Lissabon-Strategie doch die „soziale Komponente“.

3.1 Stärken

Seit den ersten Versionen der L-S wird Sozialpolitik als Beschäftigungspolitik verstanden. Aktive Beschäftigungspolitik – möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren („workfare“) – ist wichtiger als passive Sozialpolitik (Transfers an die sozialen Verlierer – „welfare“). Gerade weil die Kompetenzen für Beschäftigung und Soziales bei den Mitgliedstaaten liegt, versucht die L-S mit der OMK diese Bereiche auf EU-Ebene zu heben (siehe Cohen-Tanugi, L., 2008, S. 34). Darin liegt eine der Hauptstärken der L-S.

3.2 Schwächen

Die Schwäche der L-S besteht – neben dem schwer zu beziffernden administrativen Koordinierungsaufwand im Rahmen der OMK (Berichtswesen der MS und der Kommission; Sitzungen des ER etc.) - darin, dass sie (immer noch) zu viele Ziele ansteuert. Zwar wurde mit der L-S 2005 die Prioritäten auf „Wachstum und Beschäftigung“ fokussiert, doch wurden immer wieder viele Nebenziele mitverfolgt: Nachhaltigkeit und in L-S 2006 auch Globalisierung. Die L-S kann letztlich nicht „Wirtschaftswachstum“ beeinflussen, weil dieses von zu vielen Determinanten abhängt und von vielen anderen Politikbereichen beeinflusst wird (siehe Breuss, 2005, S. 27). Die L-S sollte sich daher – wie dies auch im WIFO-Weißbuch (siehe Aiginger et al., 2006) – für Österreich – angepeilt ist, auf die Schaffung von „Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ konzentrieren. Das ist – teilweise – politisch machbar.

Die L-S 2000 war zunächst für 15 EU-MS konzipiert, eine Wirtschaftsgemeinschaft mit annähernd gleich hoch entwickelten Volkswirtschaften. Das Konzept einer „wissensbasierten Gesellschaft“ war auch im Sinne der neuen (endogenen) Wachstumstheorie durchaus angebracht.

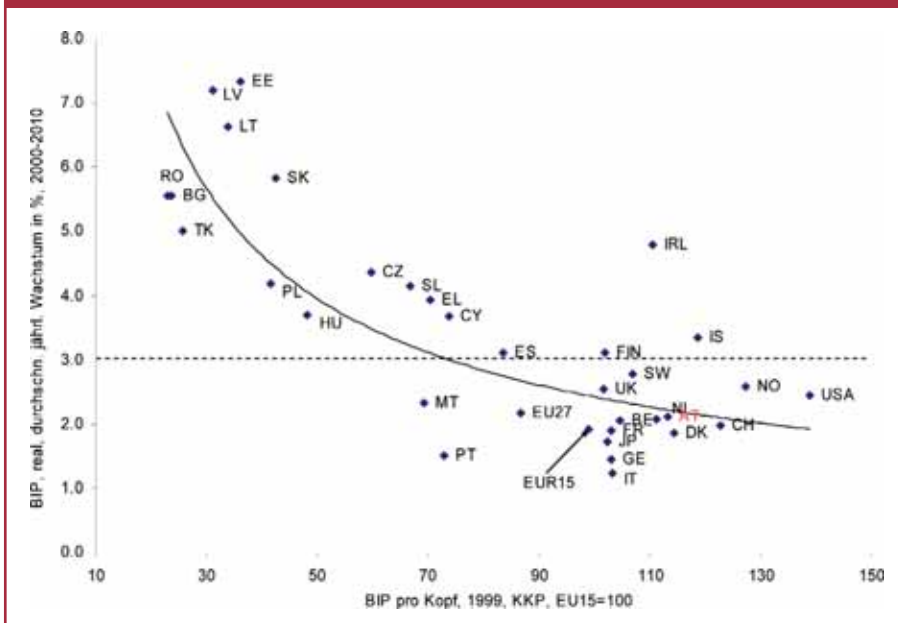
Zwischenzeitlich wurde die EU um 10 (2004) und dann (2007) um weitere 2 MS auf EU-27 erweitert. Das Konzept der L-S 2005 wurde zwar angepasst, aber eigentlich noch zu wenig für eine Wirtschaftsgemeinschaft, die nun aus sehr heterogenen Gruppen von Ländern zusammengesetzt ist: Im Westen gibt es die alten MS, die allesamt hoch entwickelte Industriestaaten sind, im Osten sind die neuen MS immer noch (arme) Transformationsstaaten. Gemeinsame Ziele für eine so heterogene Union zu postulieren sind damit obsolet geworden. Es bedarf einer neuen Strategie, die dieser Heterogenität einer erweiterten Union Rechnung trägt. Dies gilt auch für die kommenden Erweiterungen.

Eine differenzierte L-S müsste auf folgende Fakten Rücksicht nehmen:

(1) Wachstum in den alten EU-MS ist nur möglich durch Steigerung à la endogener Wachstumstheorie (Steigerung von F&E, also der totalen Faktorproduktivität – TFP - sowie der Förderung des Humankapitals). Einige von die-

sen Frontier-Ländern (z.B. Finnland und Schweden) liegen schon weit über den Lissabon-Zielen bezüglich F&E-Ausgaben. Den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen wurde bereits mit den länderspezifischen Vorgaben für die F&E-Ausgaben in % des BIP Rechnung getragen (siehe ER, 2006, Anlage I), die von 0,75% für Malta bis 4% für Finnland und Schweden reichen. Österreich möchte das Gemeinschaftsziel von 3% 2010 erreichen.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum und BIP pro Kopf: Dominanz des Catching-up-Effekts



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten und Prognosen der Europäischen Kommission (AMECO-Datenbank); ohne Luxemburg.

(2) Wachstum in den neuen EU-MS findet vorrangig durch die herkömmliche Akkumulation traditioneller Produktionsfaktoren (Kapital und Arbeit) im Transformationsprozess statt. Hier bestimmen die catching-up, d.h. die Nachhol-Prozesse vorrangig das Wachstum. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht kann das Ausgangsniveau des BIP pro Kopf des Jahres 1999 mehr als 60% der Wachstumsentwicklung 1990-2010 (statistisch) erklären. Sie sind bezüglich

F&E-Ausgaben meist die follower der alten EU-MS, übererfüllen aber dennoch die Lissabon-Ziele für das Wirtschaftswachstum sehr stark.

Daraus leiten sich auch Konsequenzen für eine differenzierte (und nicht wie die L-S postuliert, eine homogene) Forschungs- und Innovationspolitik ab. Aghion-Howitt (2006) versuchen zum einen die Wachstumslücke zwischen den USA und Europa mit einer Schumpeter-Wachstumstheorie zu erklären und leiten zum anderen daraus entsprechende Politikempfehlungen ab. Die starke Forcierung der Hochschulausbildung (in der L-S unter dem Stichwort „Europäischer Hochschulraum“ propagiert) beschleunigt demnach das Wirtschaftswachstum eher in Ländern, die näher an der Technologiefrente sind (z.B. die USA oder im Kontext von EU-27 die alten MS). Die technologischen Nachzügler (z.B. Europa bzw. im Kontext von EU-27 die neuen MS) sollten sich stärker auf die Sekundärausbildung (Mittelschulen, berufsbildende Schulen) konzentrieren, um die technologische Lücke zu den Technologieführern zu füllen.

Letztlich ist es ein statistisches Artefakt, wenn die L-S als Ziel immer die „EU“ als Ganzes ansteuert. Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, liegen die neuen EU-MS weit über dem Wunschziel eines 3%-Wirtschaftswachstum, während die alten (vor allem die großen drei – Deutschland, Frankreich und Italien) den „Durchschnitt“ stark drücken. Die USA – immer als Vorbild für die EU herangezogen – liegt auch unter der 3%-Wachstumsmarke!

Beim Studium der Dokumente zur Vorbereitung (jene der EK) bzw. der Schlussfolgerungen der jährlichen Frühjahrsgipfel des ER gewinnt man den Eindruck, dass diese „Lissabon-Gipfel“ eine reine Pflichtübung darstellen. Ein anderes Beispiel ist der jüngste Schock durch die internationale Finanzkrise, der hektische Rettungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten der Eurozone ausgelöst hat, die dann auf die gesamte EU ausgeweitet wurden (siehe ER, 2008B, S. 1-5). In der Krise funktioniert Koordination der Wirtschaftspolitik in der EU recht gut. Die Dokumente schreiben die immer selben Aussagen der Vorperiode einfach fort. Tritt plötzlich ein Akutfall auf – wie im 1. Halbjahr 2006 unter der österreichischen Präsidentschaft wegen der Aussetzung der Gas- und Erdöllieferungen Russlands in die Ukraine und damit nach Europa – , wird hektisch z.B. eine neue „Energiepolitik für Europa“ (EPE) ausgerufen (siehe ER, 2006, S. 13 ff. und Anlage III; siehe auch ER, 2008B, S. 6-8).

3.3 Was geht auf das Konto der Lissabon-Strategie?

Praktisch alle bisherigen Studien zur Evaluierung der L-S beschäftigen sich mit den Kosten der Nichtimplementierung der L-S. Noch keine Studie hat untersucht, wie viel von der bisherigen Entwicklung (Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, F&E-Ausgaben, Umwelt- und Sozialstandards) tatsächlich auf die Segnungen der L-S zurückzuführen sind und wie viel dieser Entwicklung nicht ohnehin dem normalen Konjunkturverlauf bzw. den Einflüssen des Binnenmarktes und den globalen Entwicklungen zu verdanken sind.

Wie auch immer, es gibt Fortschritte im Bereich der Beschäftigungsquoten und der F&E-Ausgaben²⁵. Beim Wirtschaftswachstum – siehe Abbildung 1 – dürfte die gegenüber 2000 eingetretenen Verbesserungen in der EU im Wesentlichen auf die Erweiterung von EU-15 auf EU-27 zurückzuführen sein, wobei gerade die neuen MS die „Wachstumstreiber“ waren. Viele Länder haben aber interne Reformen teilweise schon früher (in den achtziger und neunziger Jahren) bzw. ganz unabhängig von den Vorgaben der L-S durchgeführt.

3.4 The costs of „non-Lisbon“

Die meisten Studien internationaler Organisationen (OECD, IMF) aber auch jene unabhängiger Institute (wie z.B. das CPB) und auch mehrere Studien der Europäischen Kommission (siehe z.B. EK, 2005A) prognostizieren erhebliche Wachstumseffekte durch eine volle Implementierung der L-S. Die Schwierigkeit bei der Modellsimulation der L-S-Effekte besteht darin, zu quantifizieren, was man darunter verstehen soll. Teilweise sind es Indikatoren über die Reform der Produkt- und Arbeitsmärkte, teilweise Indikatoren über eine wissensbasierte Gesellschaft (F&E-Ausgaben, Investitionen in ICT etc.).

- ▶ Die CPB-Studie von Gelauff-Lejour (2006) simuliert mit dem WorldScan-Weltmodell fünf Lissabon-Ziele: Liberalisierung des Dienstleistungsbinnenmarktes, Reduktion der administrativen Hürden, Verbesserung des

²⁵Über die aktuelle Zielerfüllung kann man sich auf der homepage der EK „Wachstums und Beschäftigung“ informieren. Siehe die Fortschrittsberichte der EK vom Dezember 2007: http://ec.europa.eu/growthandjobs/european-dimension/200712-annual-progress-report/index_de.htm

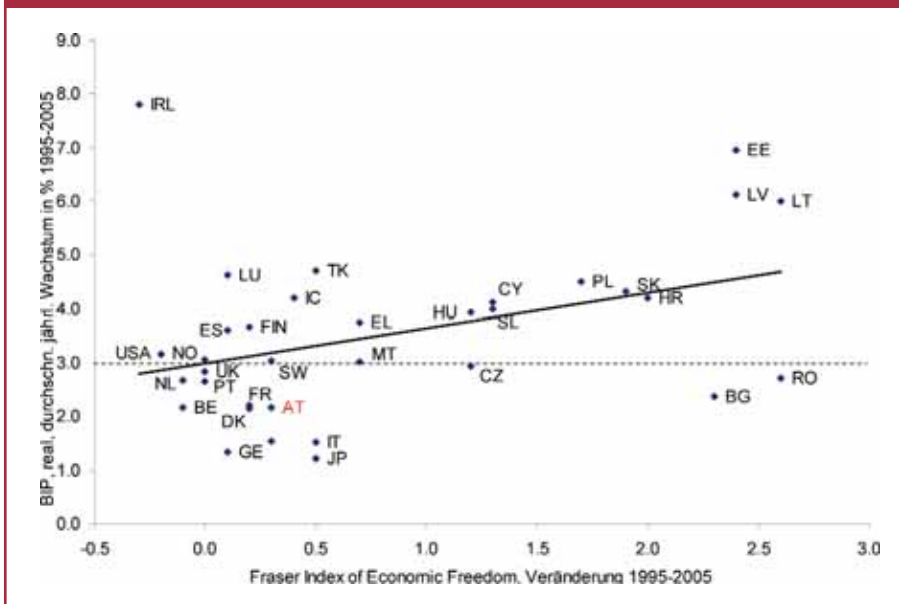
Humankapitals, F&E-Ausgaben von 3% des BIP und das 70% Ziel für die Beschäftigungsquote. Durch Erreichung dieser L-S-Ziele könnte das reale BIP langfristig (bis 2025) um 12-23% und die Beschäftigung um 11% gesteigert werden. Everaert-Schule (2008) kommen mit IMF's Global Economic Model (GEM) ebenfalls zum Schluß, dass durch Reformen im Binnenmarkt (Produkt- und Faktormärkten, mehr Wettbewerb) erhebliche langfristige Wachstums- und Beschäftigungseffekte in der EU zu erwarten wären.

- ▶ Ähnliche Ergebnisse berichtet die Europäische Kommission in ihrem Literaturüberblick über Modellsimulationen (siehe EK, 2005A). Durch Strukturreformen (auf den Produkt- und Faktormärkten – Beseitigung verbleibender Hemmnisse für einen effizient funktionierenden Binnenmarkt²⁶: Finanzmärkte weiter integrieren, Dienstleistungsbinnenmarkt²⁷ verwirklichen) sowie durch die Investitionen in Wissen und Innovationen fördern, die Arbeitsmarktpolitik modernisieren, den sozialen Zusammenhalt stärken und die Umwelt verbessern wie sie die L-S fordert, könnte demnach die Potenzialwachstumsrate der EU um 0,5-0,75 Prozentpunkte gesteigert werden und somit näher an das angestrebte Ziel von 3% herangeführt werden. Untätigkeit ist also keine Alternative, denn allein durch die Alterung der Bevölkerung wird sich das Potenzialwachstumsrate der EU in den kommenden Jahrzehnten fast halbieren, von derzeit 2-2,25% auf rund 1,25% (siehe auch Denis-McMorrow-Röger, 2004, S. 48 oder Breuss, 2005, S. 31).
- ▶ Studien der OECD verwenden verschiedene Indikatoren über die Produktmarktregulierung. Conway et al. (2006) finden z.B., dass Länder, die stark reguliert haben auch eine dynamischere wirtschaftliche Entwicklung aufweisen.

²⁶ Ilzkovitz et al. (2008) untersuchen für viele Industrie- und Dienstleistungssektoren der EU die möglichen Gründe für das schlechte Funktionieren des Binnenmarktes.

²⁷ Allein die Vollendung des Binnenmarktes bei Dienstleistungen (was durch die neue Dienstleistungsrichtlinie ab 2010 ermöglicht werden soll) würde mittelfristig zu einem Anstieg des Niveaus des realen BIP von 0,6 Prozentpunkten führen und die Zahl an Beschäftigten in der EU könnte um 0,3 Prozentpunkte gesteigert werden; ähnliche Ergebnisse findet man in Breuss-Fink-Griller (2008, S. 125 ff.).

**Abbildung 2: Wirtschaftswachstum und Strukturreformen:
Auch Lissabon-Reformen helfen**



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der AMECO-Datenbank und Daten des FRASER Index of Economic Freedom (<http://www.freetheworld.com/>)

- ▶ Ähnliche Ergebnisse ermittelt die Europäische Kommission in ihrem Wirtschaftsbericht „The EU Economy 2007 Review“ (EK, 2007D) in umfangreichen empirisch-ökonomischen Analysen. Dabei werden nicht nur die Zusammenhänge von Produktmarktregulierungsindizes der OECD²⁸ herangezogen, sondern der beliebte FRASER Index of Economic Freedom. Mit diesem Index - der viele Reformbemühungen (auf Produkt- und Faktormärkten) umfasst - allein kann man einen Großteil der Wirtschaftsentwicklung der EU-MS erklären (siehe Abbildung 2). Unter Ausklammerung des „Ausreißers“ Irland kann die Veränderung des Fraser-Indexes (Strukturwandel) zwischen 1995 und 2005 mehr als 30%

²⁸Die OECD regulation impact indicators (REGIMPACT) findet man für viele Wirtschaftssektoren auf folgender OECD homepage: http://www.oecd.org/LongAbstract/0,3425,en_2649_34575_38059810_1_1_1_1,00.html

des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums der EU-MS im selben Zeitraum erklären. Der Strukturwandel in den neuen EU-MS war laut Fraser-Index in den letzten Jahren viel stärker als in den alten EU-MS, ein starkes Indiz, dass die Transformation – verbunden mit einem starken catching-up – rasch vor sich gegangen ist.

4. Die Zukunft Europas nach 2010? – alte und neue Herausforderungen?

Einige der künftigen Herausforderungen, die in den jüngsten Berichten des ER erwähnt werden, wurden bereits anlässlich der Lancierung der Lissabon-Strategie im März 2000 angesprochen. Allerdings haben sich einige Probleme in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Insbesondere hat die zunehmende Globalisierung den Druck auf Veränderungen und Anpassungen auf allen Gebieten beschleunigt. Im Folgenden werden die wichtigsten Gebiete künftiger Herausforderungen kurz angesprochen.

4.1 Globalisierung

Mit der dynamischen Entwicklung der BRICs – Brasilien, Russland, Indien und China - sind der EU in den letzten Jahren rasch sehr potente Konkurrenten auf dem Weltmarkt erwachsen (siehe Breuss, 2008A; siehe auch EK, 2008B). Dadurch hat sich die internationale Arbeitsteilung verbreitert. Die BRICs, die zunächst komparative Vorteile in der Produktion mit niedriger Wertschöpfung (Billiglohnsegmente –z.B. Textilien seit dem Auslaufen des MFA 2005) hatten, wandeln sich rasch in Richtung höherwertiger Produkte. Durch diesen raschen weltweiten Wandel ist es immer dringlicher, dass die hochentwickelte Industriestaaten in Europa (die meisten MS der EU) ihre „wissensbasierte Gesellschaft“ rasch weiter ausbauen.

Die ungleiche Verteilung der Gewinne aus der Globalisierung hat in den letzten Jahren nicht nur zu einer Schieflage in der Einkommensverteilung (siehe z.B. IMF, 2007; Breuss, 2008C) geführt, sondern dazu beigetragen, dass einige Staaten (China, Hong-Kong, Kuwait, Norwegen, Russland, Singapur und Vereinigte Arabische Emirate) ihre Überschüsse, die sie meistens als windfall profits in Folge des jüngsten Rohstoffbooms lukrierten, in „Staatsfonds“ (So-

vereign Wealth Funds)²⁹ akkumulieren und mit diesem Vermögen international (meist in den Industriestaaten) auf „Einkaufstour“ gehen. Einige EU-Staaten (jüngstes Beispiel ist Deutschland mit einer Novelle zum Außenwirtschaftsgesetz (AWG), vom Bundeskabinett am 20.8.2008 beschlossen) denken daran, mit rechtlichen Schritten den Einfluss solcher Staatsfonds bei Übernahmen ihrer nationalen Champions zu verhindern bzw. (z.B. in Deutschland auf 25%) zu begrenzen. Eine Arbeitsgruppe unter der Ägide des IMF (und parallel dazu auch im Rahmen der OECD) ist dabei, allgemein akzeptierte Prinzipien und Praktiken (ein Code of Conduct) für das Verhalten von Staatsfonds auszuarbeiten (wegen des Tagungsortes als Santiago-Prinzipien bezeichnet). Die Santiago-Prinzipien sollen aber nicht mehr als eine freiwillige Selbstverpflichtung sein (siehe Neue Zürcher Zeitung, 4.9.2008, S. 9).

Die jüngste internationale Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, dass sich Globalisierung nicht nur über die Realwirtschaft (Außenhandel und Standortverlagerungen von Firmen und damit zusammenhängend Direktinvestitionen) abspielt, sondern dass die internationalen Finanzmärkte, infolge ihrer dichten Vernetzung dann, wenn sie überschießen, noch viel größere Gefahren für die Weltwirtschaft in sich bergen als realwirtschaftliche globale Aktivitäten. Hier tut sich ein neues Betätigungsfeld für Europa und die USA auf. Durch bessere Regulierung der Finanzmärkte, engere internationale Kooperation von Notenbanken, Regierungen und Ratingagenturen, rasche Zusammenarbeit im Falle von Krisen ("lender of last resort") müssen die Finanzmärkte "gebändigt" werden.

Die EU ist nicht nur konfrontiert mit der weltweiten Globalisierung, sondern durch ihre stetige Erweiterung um vorwiegend arme, noch in Transformation befindliche Staaten mit einer „Miniglobalisierung“ innerhalb der EU selbst. Niedrige soziale Standards und Niedriglöhne in den neuen MS induzieren ähnliche Problemen und Chancen innerhalb der EU wie es sie im weltweiten Maßstab gibt. Der Unterschied besteht nur darin, dass die vier Freiheiten des EU-Binnenmarktes dazu beitragen, dass die üblichen Prozesse der

²⁹Beck-Fidora (2008) untersuchen umfassend den Einfluss von Staatsfonds auf das internationale Finanzgefüge.

Globalisierung (Handelsschaffung; starke Faktorwanderung – vor allem des Kapitals über FDIs und damit Arbeitsplatzverlagerungen mit sozialen Konsequenzen) im Bereich der „Miniglobalisierung“ rascher ablaufen können als üblicherweise im Rahmen der weltweiten Globalisierung. Im ersten Fall sind durch die Vereinheitlichung des Rechtsrahmens die Risiken zudem niedriger als im Falle der weltweiten Globalisierung.

4.2 Überalterung der Bevölkerung

Ein bereits seit langem anhaltender Trend ist die – nicht zuletzt durch den hohen technischen Fortschritt in der Medizin - zunehmende Überalterung der Bevölkerung in den hochentwickelten Industriestaaten. Die jüngste Bevölkerungsprognose von Eurostat (2008) sagt voraus, dass 2060 drei Mal so viele Menschen über 80 Jahre sein werden als heute. Durch Geburtenrückgang schrumpft die Bevölkerung ab 2015 in den meisten EU-MS. Von den 27 EU-MS wird bis 2060 die Bevölkerung in 14 schrumpfen und in 13 steigen. Deutschland (71 Mio. Einwohner) wird bis 2060 seinen bisherigen Vorsprung zugunsten Großbritanniens (77 Mio.), Frankreichs (72 Mio.) verlieren.

Die Überalterung der Bevölkerung führt zu zwei negativen wirtschaftlichen Effekten: (i) sie verringert die Innovationskraft und (ii) sie ist mit hohen Gesundheits- und Pflegekosten verbunden³⁰. Laut Denis-McMorrow-Röger (2004, S. 48) führt ein permanenter Rückgang des Anteils der Jugendlichen an der Bevölkerung zu einer Verringerung des jährlichen Produktivitätswachstums um 0,25 Prozentpunkte.

Auch die langfristigen Trends für das Wirtschaftswachstum in der EU bis 2050 sind alles andere als ermutigend und geben nicht Anlass zur Hoffnung, das Wunschziel von 3% Wirtschaftswachstum zu erreichen. Die Projektionen für das langfristige Wachstum (2004-2050) belaufen sich laut Carone et al. (2006) auf gerade einmal eine halb so hohe Wachstumsrate sowohl für das reale BIP als auch für das BIP pro Kopf, also 1,7% pro Jahr für EU-25 und

³⁰ Zur Problematik der langfristigen volkswirtschaftlichen Kosten durch die Überalterung der Bevölkerung gibt es bereits zahlreiche Studien seitens internationaler Organisationen. Eine der aktuellsten Prognosen solcher Kosten bis 2050 stammt vom European Policy Committee und der Europäischen Kommission (siehe EK, 2006A).

1/10 Prozentpunkt weniger für EU-15. Einen der Hauptgründe für die gedämpfte Entwicklung sehen sie in der Überalterung und dem damit verbundenen Rückgang der Arbeitsproduktivität und der geringeren Kapitalintensität.

Laut Projektionen von Carone et al. (2006, S. 39) würden im Zeitraum 2004-2011 (das entspricht ungefähr dem Zeitrahmen der L-S) 12 von 25 EU-MS das BIP-Wachstumsziel - 3% jährliches Wachstum - überschreiten; es sind vorwiegend die neuen EU-MS, aber auch Irland, Luxemburg und Spanien. In der nächsten Dekade (2011-2020) sind es nur noch 8 MS. Im Zeitraum 2021-2030 und in den folgenden Dekaden (2031-2040; 2041-2050) erreicht kein MS der EU mehr die 3%-Hürde! In der gesamten Periode 2004-2050 würden gerade einmal 2 EU-MS (Litauen und Luxemburg) die 3%-Marke überschreiten. Irland, Lettland und Tschechien wären mit 2,8% bzw. 2,9% nahe dran.

4.3 Workfare statt Welfare

10 Jahre Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS)³¹:

Eine der wichtigsten und von allen MS anerkannten Erkenntnisse (siehe auch die Europäische Sozialagenda aus 2000; ER, 2000B) ist, dass moderne Sozialpolitik nicht mehr nur passiv über Transfers an die Wohlstandsverlierer („welfare“) betrieben werden darf, sondern nur über eine aktive Beschäftigungspolitik, d.h. alles zu versuchen, möglichst vielen Erwerbsfähigen eine Beschäftigung zu verschaffen („workfare“; siehe Cohen-Tanugi, 2008, S. 34). Moderne Sozialpolitik ist daher vor allem Beschäftigungspolitik. Eigentlich ist die Erreichung von „Vollbeschäftigung“ (wie weiter oben bereits betont wurde) der Kern der L-S. Wie – mit welchen Methoden – man dieses Ziel erreicht, bleibt in der Kompetenz der MS. Mit der OMK werden mit Hilfe von Benchmarks besonders erfolgreiche Beispiele zur Nachahmung für andere MS herausgestellt.

³¹ Die EU feierte 2007 bereits den 10-jährigen Bestand der Europäischen Beschäftigungsstrategie (10 Jahre der EBS). Über die Geschichte und Inhalte, siehe die homepage der EK, DG Beschäftigung und Soziales: http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/develop_de.htm. Einen Überblick über EBS findet man auch in Geppert (2006).

Flexicurity-Ansatz³²:

Ein in den letzten Jahren stark strapaziertes Beispiel ist Dänemark mit seinem erfolgreichen „Flexicurity-Modell“ auf dem Arbeitsmarkt. Es kombiniert flexible Anstellungs- und Entlassungsregeln für Arbeitgeber mit der Einkommenssicherheit der Arbeitnehmer. „Flexicurity“ ist ein gutes Beispiel für aktive Arbeitsmarktpolitik („workfare“) mit Anreizeffekten auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes. Diesem Ergebnis sind jahrelange Reformen auf den verschiedensten Ebenen (Management der Arbeitslosigkeit; Arbeitslosenversicherung; Lohnpolitik) in Dänemark vorangegangen (siehe Andersen-Svarer (2007). Die EK empfiehlt den Flexicurity-Ansatz als integrierten Ansatz zur Schaffung von mehr und sichereren Arbeitsplätzen in allen EU-MS (siehe EK, 2007B).

„Europäisches Sozialmodell“:

Zusätzlich kann über die Harmonisierung von Mindeststandards (nur hierin hat die EU eine Kompetenz) versucht werden, so etwas wie ein „Europäisches Sozialmodell“ zu entwickeln. Aus historischen Gründen haben sich in Europa aber – nicht zuletzt aus Tradition, aber auch wegen des unterschiedlichen Entwicklungsstandes – mehrere „Europäische Sozialmodelle“ herausgebildet. Laut Sapir (2005) gibt es in der EU wenigstens „vier“ europäische Sozialmodelle: (1) das nordische, (2) das kontinentale, (3) das angelsächsische und (4) das mediterrane Sozialmodell. Man müsste noch das/die (noch kaum existierenden) Sozialmodelle der neuen EU-MS hinzufügen. Solange die erweiterte EU noch so heterogen aufgestellt ist wie derzeit – reichen/hochentwickelten Ländern der alten EU stehen arme/noch in Entwicklung/Transformation begriffene Länder in den neuen MS gegenüber – , so lange bilden die unterschiedlichen sozialen Standards noch eine wesentliche Rolle für die komparativen Vorteile für die „Billiglohnländer“. Erst wenn die EU homogener entwickelt ist, kann man an eine stärkere Harmonisierung bzw. Vereinheitlichung des „Europäischen Sozialmodells“ denken.

³² Informationen zur „Flexicurity“ findet man auf der homepage der EK DG Beschäftigung und Soziales (http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/flex_meaning_de.htm).

Asyl und Einwanderung:

Die EU verliert – wie die jüngsten Eurobarometer-Umfragen zeigen – bei den MS an Attraktivität. Umso anziehender wirkt das „reiche“ Europa in den armen Nachbarländern – insbesondere in Nordafrika. Der stetige (größtenteils illegale) Strom von Migranten aus Nordafrika stellt eine immer größere Herausforderung für die EU dar, die sinnvollerweise nur durch eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik gelöst werden kann³³. Die Agenden für Asyl und (illegale) Einwanderung firmieren in der EU unter der Ägide von „Freiheit, Sicherheit und Recht“. Dort findet man auch alle Vorschläge über die Anstrengungen der EU zur Schaffung eines „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“³⁴ bzw. einer „Gemeinsamen Einwanderungspolitik“³⁵. Die EK hat bereits 2005 (EK, 2005B) einen strategischen Plan zur legalen Zuwanderung ausgearbeitet und diesen auch mit der L-S verknüpft.

4.4 Umwelt – Klimaschutz – Energie

Stärker noch als zu Beginn der L-S im Jahr 2000 sind Fragen der Umwelt, des Klimaschutzes und der Energie bzw. der Energieabhängigkeit vom Ausland (Russland) wichtiger geworden und sind immer stärker in den Vordergrund als neue Herausforderungen für die EU gerückt.

In Umwelt- und Klimaschutz- und Energiefragen nimmt die EU³⁶ eine Vorreiterrolle in der Welt ein. Zum einen hat sie sich verpflichtet, die Klimaschutzziele von Kyoto einzuhalten, zum anderen hat sie dazu ein innovatives System des Emissionshandels³⁷ eingeführt. Bereits 2001 hat der ER in Göteborg (ER, Göteborg, 2001B), die Umweltdimension der L-S mit der Forderung nach „nachhaltiger Entwicklung“ eingefordert. Konkretisiert hat

³³ Begg et al. (2008) untersuchen die sozialen Implikationen der Immigration in die EU im Kapitel „Globalisation and Migration“, S. 102-115

³⁴ Siehe die homepage der EK (Justiz und Inneres) – „Freiheit, Sicherheit und Recht“: http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/asylum/fsj_asylum_intro_de.htm

³⁵ Siehe die homepage der EK (Justiz und Inneres) – „Freiheit, Sicherheit und Recht“: http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/fsj_immigration_intro_de.htm

³⁶ Die entsprechende homepage der Europäischen Kommission zu „Klimaschutz – Energie für eine Welt im Wandel“, findet man unter: http://ec.europa.eu/climateaction/index_de.htm

³⁷ Näheres zum „Emission Trading Scheme (EU ETS)“ der EU findet man auf der homepage: http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/index_en.htm.

dann der ER in Barcelona 2002 das Umweltziel, indem er die 8%ige Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 – wie im Kyoto-Protokoll gefordert – einführte.

Der Europäische Rat hat im März 2007 (siehe ER, 2007, S. 10-14) eine „Integrierte Klima- und Energiepolitik“ für Europa eingefordert. Mit einem „Integrierten Konzept für den Klimaschutz und die Energiepolitik“ soll Folgendes erreicht werden:

- (i) der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur soll auf 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden;
- (ii) die Treibhausgasemissionen sollen bis 2020 gegenüber 1990 um 30% reduziert werden.

In einem ehrgeizigen Aktionsplan (2007-2009) im Rahmen der „Energiepolitik für Europa“ (ER, 2007, Anlage I) werden – neben der Schaffung eines „Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarktes“, Überlegungen zur „Versorgungssicherheit“ und der „internationalen Energiepolitik“ (Solidarität zwischen den EU-MS ist hier angesichts der hohen Abhängigkeit z.B. von Russland bei Gas – nicht zuletzt in einer Zeit diplomatischer Anspannung (Stichwort „Georgien“) – stark gefragt) – vor allem Ziele für die Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energie erwähnt:

- (1) Energieeffizienz erhöhen: Das Einsparpotential bis 2020 soll 20% betragen;
- (2) Erneuerbare Energien: Ihr Anteil soll bis 2020 auf 20% erhöht werden;
- (3) Angestrebtes Ziel: 10% Anteil an Biokraftstoffen am gesamten verkehrsbedingten Benzin- und Dieserverbrauch der EU bis 2020³⁸.

Darüberhinaus sollte intensiv in Energieforschung investiert werden, um die „Energietechnologien“ zu verbessern.

Die „Musterschülerrolle“ der EU könnte aber eines seiner (vagen) Hauptziele, nämlich, der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt“ werden zu wol-

³⁸ Aus Angst, dass diese Politik zu einem weiteren Anstieg der Nahrungsmittelpreise beitragen könnte, hat das Europäische Parlament (Ausschuss für Industrie und Energie) am 11.9.2008 einen Kompromiss vorgeschlagen: 5% Anteil an Biokraftstoffen bis 2015 und 10% Anteil bis 2020.

len, konterkarieren. Angesichts der Tatsache, dass die großen Spieler im Rahmen der Globalisierung, wie z.B. China, Indien und die USA das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben und auch sonst wenig Anstrengungen unternehmen, um ihre Klimabilanz zu verbessern, drängt die EU in eine Defensivrolle. Die Kosten des Klimaschutzes reduzieren natürlich die komparativen Vorteile vieler europäischer Industriebetriebe beträchtlich. Das könnte entweder zu Abwanderungen führen oder zum Druck, in der EU eine „climate tax on imports“ aus Drittstaaten einzuführen. Nach einem Vorschlag der EK vom 7. Jänner 2008 würde dieser CO₂-Zoll auf Importe von Staaten eingehoben werden, die nichts gegen Treibhausgasemissionen unternehmen. Zwar kann die EU versuchsweise eine solche klimapolitisch begründete Zollpolitik versuchen, ob sie jedoch WTO-konform wäre, ist eine offene Frage.

Man kann – wie der Stern-Report (Stern, 2006) – auch argumentieren, dass die Ignorierung des Klimawandels längerfristig das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt. Klimaschutzpolitik ist demnach langfristig eine Pro-growth-Strategie. Die Kosten einer globalen Erderwärmung³⁹ um 2-3 °C würden sich bis 2050 auf einen Verlust an 0-3% des globalen BIP im Vergleich zu einem Szenario ohne Klimawandel belaufen. Der Stern-Report spricht sich für sofortige Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgasemissionen aus, weil „die Vorteile von strikten, frühen Aktionen zur Verringerung des Klimawandels überwiegen deren Kosten“.

4.5 Akzeptanz der EU in der Bevölkerung

Sowohl die jüngsten Umfragen im Eurobarometer (Eurobarometer, 2008) als auch die Rückschläge bei der Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa (gescheitert an negativen Volksentscheiden in Frankreich und den Niederlanden) und dem Vertrag von Lissabon (zunächst unterbrochen durch das irische Nein) offenbaren eine zunehmende EU-Skepsis. Wenn dieser Skepsis nicht durch Aufklärung und Information über

³⁹Die letzte umfassende Studie zum globalen Klimawandel bis 2100 stammt vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC; siehe IPCC Fourth Assessment Report, AR4, November 2007, zu finden auf: <http://www.ipcc.ch/>).

die Errungenschaften der EU genügend Rechnung getragen wird, sind auch alle anderen Politikanstrengungen zum Scheitern verurteilt – das gilt insbesondere auch für die Umsetzung der L-S. Zwar gibt es in der EK eine Vizepräsidentin (Margot Wallström) für Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie⁴⁰, dennoch scheinen ihre Aktivitäten zur Verbreitung des Europagedankens keine großen Früchte getragen zu haben. Auf den Frühjahrstagungen des ER wird gelegentlich für eine stärkere Einbindung der Bürger der EU geworben. Im März 2007 (siehe ER, 2007, S.8) weist der ER darauf hin „dass die gemeinsamen sozialen Ziele der Mitgliedstaaten im Rahmen der Lissabon-Agenda stärker berücksichtigt werden sollten, damit die Bürger der Union die europäische Integration auch weiterhin unterstützen.“ Diese Sorge stützt sich auf eine Mitteilung der EK (EK, 2007A) mit dem schönen Titel „Ein Binnenmarkt für die Bürger“ und später (EK, 2007C) mit dem Dokument „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“.

5. Post-2010: Einige politische Empfehlungen wie es weiter gehen könnte

5.1 Ein anderes „Lissabon“ oder eine neue Strategie mit neuem Namen?

Die bisherige Bilanz der Lissabon-Strategie(n) ist – um es vorsichtig zu formulieren – durchwachsen. Es gibt einige Fortschritte, aber diese Strategie wird mit immer neuen Herausforderungen und Aufgaben „überladen“. Zudem gibt es seit dem „Lissabon-Vertrag“ (VvL), der zudem EU-„Reformvertrag“ genannt wird eine Namensgleichheit für zwei verschiedenen EU-Projekte. Das dürfte in Zukunft zu einer ständigen Konfusion zwischen beiden „Lissabons“ führen. Allein dies spricht für eine Neubenennung welcher auch immer gearbeteten neuen Strategie für die bisherige L-S nach 2010.

In Vorbereitung auf die französische Präsidentschaft haben die beiden französischen Ministerien (Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Solidarität) bereits am 8.

⁴⁰Die Europäische Kommission unterhält eine eigene homepage mit dem Titel „Bürgernahe Agenda“ (siehe: http://ec.europa.eu/citizens_agenda/index_de.htm), auf der alle diesbezüglichen Aktivitäten aufgelistet sind.

November 2007 eine umfangreiche Studie in Auftrag geben, die zum einen die bisherige Performance der L-S bewerten und zum anderen Vorschläge für die Zeit nach 2010 machen sollte⁴¹. Diese Studie, die unter Mitarbeit zahlreicher Experten, der Einbeziehung der französischen Sozialpartner und Konsultationen von sechs MS (Deutschland, Großbritannien, Italien, Schweden, Slowenien und Tschechische Republik) und Israel erstellt wurde, liegt seit April 2008 in französischer Sprache, seit Juli 2008 auch in Englischer Sprache vor (siehe Cohen-Tanugi, 2008)⁴². Der französische Vorschlag läuft auf eine Teilung der L-S Post-2010 hinaus, in eine L-S mit interner Dimension („Lissabon Plus“) und in eine L-S mit externer Dimension („Euro-Welt 2015“) – eine europäische Globalisierungsstrategie.

Im Folgenden wird zunächst kurz diese französische Strategie für Lissabon Post-2010 vorgestellt, anschließend werden eigene Vorstellungen über die Zukunft der L-S angestellt.

5.2 Lissabon-Plus und Euro-Welt 2015

Die französische Studie nennt die vor uns liegenden Herausforderungen, das Meistern der Globalisierung im europäischen Interesse leichtfertig eine „Kopernikanische Revolution“. Diese Herausforderung würde dringend eine rasche und energische interne und externe Reaktion erfordern (siehe Cohen-Tanugi, 2008, S. 78). Sie plädiert für eine Aufspaltung der L-S, in eine interne und eine externe Komponente, jeweils mit eigenen Namen!

- ▶ **Interne Komponente („Lissabon-Plus“):** Diese ist im Wesentlichen eine strikte Fortführung der bisherigen L-S, also Fortsetzung aller bisher angesprochenen Strukturreformen auf den Güter- und Faktormärkten (vor allem auf dem Arbeitsmarkt), damit sich die EU effektiver an die Globalisierung anpassen kann (siehe Cohen-Tanugi, 2008, S. 84-112). Es handelt sich dabei im Wesentlichen um eine Fortschreibung und Ausweitung jener Ziele, die in Lissabon-III seitens der EK für die Periode

⁴¹ In seiner Frühjahrstagung 2008 (ER, 2008A, S. 4) hat der ER die Kommission, den Rat und die nationalen Lissabon-Koordinatoren aufgefordert, erste Überlegungen über die Zukunft der L-S für die Zeit nach 2010 anzustellen.

⁴² Siehe die homepage von „EuroWorld 2015“: http://www.euromonde2015.eu/spip.php?page=sommaire_en

2008-2010 als die „10 Hauptziele“ angesprochen wurden. Zusätzlich werden einige Vorschläge zur Governance (z.B. vierteljährliche Treffen des ER) gemacht.

- ▶ Externe Komponente („Euro-Welt 2015“): Die französischen Experten schlagen vor, zusätzlich zu „Lissabon-Plus“ eine „europäische Globalisierungsstrategie“ als externe Komponente zu entwerfen, wofür sie den Namen „Euromonde 2015“ vorschlagen, der den Vorteil hätte, dass er in den unterschiedlichen EU-Sprachen ähnliche lauten würde („EuroWorld 2105“, „Euro-Welt 2015“, etc.). Diese Strategie sollte nur einen 5-Jahreszeithorizont haben und damit signalisieren, dass man auf die rasche Änderung der Weltwirtschaft reagieren kann und sie würde auch mit der Amtszeit der nächsten EU-Institutionen (EP und EK) zusammenfallen (siehe Cohen-Tanugi, 2008, S. 80). Die französischen Experten betonen ausdrücklich, dass damit nicht schon wieder eine neue „Strategie“ erfunden werden sollte und der Myriade von schon bestehenden „Prozessen“ (man erinnere sich an die Cardiff-, Luxemburg-, Köln-Prozesse!), „Agenden“ und anderen „Programmen“, die das tägliche Leben in Brüssel bestimmen, einen neuen hinzufügen möchte. Es gehe aber darum, eine kohärente, allumfassende strategische Vision von Europa für die globale Wirtschaft zu entwerfen, die die bereits existierenden Ansätze in der L-S mit jenen Politiken vereint, die seitens der EK im Rahmen der erst jüngst angesprochene externen Dimension angesprochenen wurden. Tatsächlich ist „Euro-Welt 2015“ nichts anderes als die Ausweitung dessen, was die EK 2006 mit der neu vorgeschlagenen Strategie des „Global Europe“ eingeleitet hat (siehe oben in Abschnitt 2.3), mit der die L-S um die Außendimension der EU angereichert werden sollte.

Im Gegensatz zum Vorschlag der EK in „Global Europe“ zielt die französische Strategie für Post-2010 darauf ab, die L-S zu aufzuspalten. „Lissabon-Plus“ soll weiterhin mit der „Soft-law“-Strategie der OMK durchgeführt werden, während „Euro-Welt 2015“ mit der „Hard-law“-Strategie nach EG-Vertrag operieren sollte. D.h. Es sollen alle gemeinsamen Politikbereiche der EU (Gemeinsamen Handelspolitik, GAP, etc.) zum Gelingen von „Euro-Welt“ kohärenter als bisher aufeinander abgestimmt werden (siehe Cohen-Tanugi, 2008,

S. 113-140). Damit „Euro-Welt 2015“ erfolgreich sein kann, werden so banale Dinge wie „politischer Wille“, d.h. ein Konsens unter den 27 EU-MS über die neuen Ziele der EU gefordert. Angesichts der „Kopernikanischen Revolution“, die in der externen Reorientierung des europäischen Projektes stecke, wäre eine Änderung im europäischen Denken vonnöten: von der Logik des Exemplarischen zur Logik der Interessen; Rückkehr zum Pragmatismus; Akzeptanz der Heterogenität der EU nach der Erweiterung und damit Abkehr vom Gedanken der einheitlichen Zielsetzung für den EU-Durchschnitt. Viele andere Wünsche werden noch vorgetragen, die aber alle schon in den jährlich wiederkehrenden Schlussfolgerungen des ER nachzulesen sind.

Die Überlegungen in der französischen Studie sind sehr umfassend und interessant. Die Aufspaltung der L-S nach 2010 scheint aber nicht sehr sinnvoll zu sein, hat doch die EK mit „Global Europe“ bereits den Versuch unternommen, eine Vereinigung von interner und externer Dimension der L-S anzustreben. Zudem schimmert in den französischen Vorschlägen stark der Hang durch, den Gedanken der in Frankreich gescheiterten „planification“ von der nationalen Ebene (Frankreich) auf die EU-Ebene zu übertragen. Anstatt für mehr, plädiere ich eher für weniger Planung auf EU-Ebene.

5.3 Mehr und erweiterter Binnenmarkt als EU-Globalisierungsstrategie

Unbestritten ist die sich rasch im Wandel befindliche Globalisierung eine der größten Herausforderungen für die EU. Die BürgerInnen der EU fürchten sich nicht nur vor der weltweiten Globalisierung, sondern auch vor der EU-internen „Miniglobalisierung“, die sich durch die große EU-Erweiterung 2004 und 2007 ergeben hat. Obwohl im jüngsten Eurobarometer (2008, S. 42, S. 46-47) mehr als die Hälfte der Befragten (56%) darin übereinstimmt, dass die Globalisierung eine Chance für das Wirtschaftswachstum ist, ist eine relative Mehrheit (43%) von Europäern der Ansicht, dass die Globalisierung eine Bedrohung für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen ihres Landes darstellt. Weit über diesem Durchschnitt bezüglich der negativen Einschätzung liegen z.B. Griechenland (67%), Frankreich (66%), Zypern (62%), Luxemburg (61%), Belgien (58%) und Österreich und Ungarn (jeweils 56%). Hinter der abneh-

menden Zustimmung zur EU durch die Bevölkerung (zumindest in einigen alten EU-MS) könnte die Arbeitsplatzangst vor der weltweiten Globalisierung und der „Miniglobalisierung“ stecken.

Den Bedenken der Bevölkerung in den alten EU-MS, dass durch die „Miniglobalisierung“ im Zuge der letzten EU-Erweiterungen negative Effekte auf ihre Arbeitsmärkte ausgehen könnten, wurde durch die Einführung von 7-jährigen Übergangsregelungen (d.h. Aussetzen) für die Freizügigkeit des Personenverkehrs – zumindest in der Mehrheit der EU-MS – gegengesteuert. Zwischenzeitlich haben sich diese Befürchtungen nicht bewahrheitet, weswegen schon viele MS – zusätzlich zu den MS (Großbritannien, Irland und Schweden), die gleich zu Beginn ihre Arbeitsmärkte öffneten - die Übergangsregeln entweder vollständig oder nur selektiv (z.B. Deutschland und Österreich) geöffnet. Derzeit sind die Übergangsregelungen nur noch in Belgien, Dänemark, Deutschland und Österreich in Geltung. Im Sinne der Anhebung der Mobilität der Arbeitskräfte in Europa plädiert Kommissar Vladimir Spidla, zuständig für „Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit“ für eine rasche Aufhebung dieser Hindernisse (siehe Spidla, 2008)⁴³.

Abgesehen davon, stellt der Binnenmarkt eine der effektivsten Abschirmstrategien gegen die negativen Folgen der weltweiten Globalisierung dar (siehe Breuss, 2008B)⁴⁴. Durch die jüngste EU-Erweiterung ist ein großer Raum geschaffen worden, in dem zollfrei und ohne andere Barrieren Handel betrieben werden kann. Noch verstärkt wird dieser Abschirmeffekt durch die allmähliche Ausdehnung des Einflusses der Eurozone. Unter Einbeziehung der Türkei, mit der die EU seit 2006 eine Zollunion unterhält und der EFTA bzw. des EWR beläuft sich der Intra-EU-Handel und damit zollfreie Handel bereits auf $\frac{3}{4}$ des gesamten Außenhandels der EU. Abgesehen vom Intra-EU-Freihandel erlauben die vier Freiheiten des Binnenmarktes (verstärkt noch

⁴³ Siehe auch seine homepage „Gleichheit – Mobilität – Würde“: http://ec.europa.eu/commission_barroso/spidla/index_de.cfm

⁴⁴ Marin (2008) demonstriert auch an Hand einer Untersuchung bei deutschen und österreichischen Unternehmen, die in den neuen EU-MS investieren, dass die EU-Erweiterung („Miniglobalisierung“) dazu beigetragen hat, dass viele MKUs und Multinationale Firmen in Europa geblieben und nicht im Zuge der weltweiten Globalisierung in Drittstaaten abgewandert sind.

durch den Euro) eine risikolose Faktorwanderung – die zunächst vor allem im Bereich des Kapitalverkehrs (FDIs vom Westen in den Osten) spürbar ist.

Wie bereits weiter oben (unter 2.3) ausgeführt, basiert die „Globalisierungs- politik“ der EU auf zwei Schienen: (i) zum einen durch die Ausweitung des Binnenmarktes und damit der Steigerung des Intra-EU-Handels; (ii) zum anderen durch eine aktive soziale Politik der Abfederung der Globalisierungs- verlierer durch den 2006 geschaffenen Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Man könnte sich noch ein einheitlicheres Auftreten der EU in der Welt wünschen (das im VvL teilweise durch die Installation eines EU-Präsidenten und eines „Außenministers“ – Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und EU-Außenkommissar vorgesehen ist), um den Vorwurf der „fragmented power“ (siehe Sapir, 2007) EU zu entkräften. Die EU tritt im Wesentlichen nur im Rahmen der Gemeinsamen Handelspolitik z.B. in WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) mit einer Stimme auf. In allen anderen Institutionen (IMF, UNO etc.) sind die einzelnen MS der EU selbständige Mitglieder, weswegen es zur Abstimmung gemeinsamer Positionen zuvor einen komplizierten Koordinierungsmechanismus gibt.

Die endgültige Vollendung des Binnenmarktes (bei Dienstleistungen und Finanzmärkten), sowie eine Ausweitung des Anwendungsbereichs des Euros und des Näherbringens der damit verbunden Vorteile für die BürgerInnen der EU ist daher eine der wesentlichsten Aufgaben für die EU nach 2010. Nicht zuletzt deswegen hat die EK auch bereits im November 2007 (siehe EK, 2007C) – die immer wieder gleichen Forderungen – für „Einen Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“ ausgerufen.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bedarf es daher nicht mehr „planification“, sondern mehr (Binnen-)Markt. Bestes Beispiel sind die USA mit ihren raschen Selbstheilungskräften eines gut funktionierenden Kapitalismus – allerdings im Vergleich zu Europa – mit niedrigeren Sozialstandards für alle BürgerInnen.

5.4 „Social Europe in a Global World“ – das ultimative Ziel der EU

Worum geht es bei der Europäischen Integration? Um gemeinsame Regeln im Binnenmarkt (einheitliche Wettbewerbspolitik, GAP, Schengen), eine Gemeinsame Handelspolitik (die EU mit einer Stimme in WTO-Verhandlungen) und darauf aufbauend eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit einer konsistenten Makropolitik (zentrale Geldpolitik in der Eurozone- Euro; koordinierte Wirtschafts- vor allem Fiskalpolitik – SWP). Zusammengenommen sollte dieses „Integrationspaket“ Wohlfahrtseffekte über mehr Intra-EU-Handel, fairen Wettbewerb im Inneren des Binnenmarktes und damit Produktivitätsfortschritte und Steigerungen des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung (automatisch) bewirken.

Dass die vor Schaffung des Binnenmarktes und der WWU von vielen Experten erwarteten bzw. prognostizierten positiven Integrationseffekte (noch) nicht in vollem Ausmaß eingetreten sind, bezeichne ich als „Integrationspuzzle“ (siehe Breuss, 2006). Während die EU einen Integrationsschritt nach dem anderen setzte (Binnenmarkt, Euro, Erweiterung, L-S) ist die wirtschaftliche Performance (Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung) im letzten Jahrzehnt dennoch hinter jener der USA zurückgeblieben, obwohl diese keine vergleichbaren Integrationsschritte setzten (die NAFTA ist lediglich eine Freihandelszone). Durch die große fünfte EU-Erweiterung ist sogar der Abstand im BIP pro Kopf zu den USA noch größer geworden.

Es scheint, dass die Kernbereiche der europäischen Integration (Binnenmarkt und Euro) vertieft und erweitert werden müssen. Alle zusätzlichen Aktivitäten müssen sich auf die Abwehr und Abfederung äußerer Gefahren (von der weltweiten Globalisierung) gerichtet sein. Sowohl die positiven (die weniger stark wahr genommen werden) als auch die negativen Rückwirkungen (Verlust der Arbeitsplätze durch Abwanderung des Kapitals in immer noch attraktivere Billiglohnländer bzw. dynamische Märkte) betreffen die EU insgesamt und sind daher auf EU-Ebene sozial abzufedern. Insbesondere auch weil sowohl die Vorteile als auch die Nachteile der Globalisierung sehr ungleich auf Personen, Unternehmen, Regionen und Länder verteilt (siehe Begg et al., 2008). Ein guter erster Ansatz ist der EGF. Er wird sicherlich noch höher dotiert werden müssen. Fragen des Wirtschaftswachstums und auch

der Beschäftigung sowie in der Folge die sozialen Folgen sind keine Ziele für die EU insgesamt, sondern länderspezifische Angelegenheiten und sollen daher keine EU-weites Ziel sein.

Im Rahmen der bisherigen L-S wurde unter Zuhilfenahme von künstlich eingeführten Methoden (wie die OMK) versucht, Kompetenzen der EU-MS (Beschäftigung, Soziales) auf EU-Ebene zu hieven und damit Ziele anzustreben, die keine EU-Ziele sein können (Wachstum und Beschäftigung).

Die EU braucht keine neue L-S, sondern soll nur die Ausfallshaftung für Weltschocks wie jene von der weltweiten Globalisierung abfedern helfen. Dies ist nicht nur konsistent mit dem Integrationsprojekt Europas und der bisherigen Kompetenzverteilung bis hin zum VvL, sondern würde auch ein sichtbares Signal für die skeptischen BürgerInnen Europas aussenden, dass sich die EU (über Wunsch der Staats- und Regierungschefs im ER) keine unnötigen Kompetenzen, die sie gar nicht erfüllen kann, arrogiert, sondern – neben den Kernelementen der Europäischen Integration – nur jene wahrnimmt, die die einzelnen MS nicht allein bewältigen können. Von den künftigen großen Herausforderungen (siehe Punkt 4) zählen im Wesentlichen die Folgenden, die auf EU-Ebene (solidarisch und/oder kooperativ) zu lösen sind:

- ▶ Die sozialen Folgen der Globalisierung – inkl. Migration
- ▶ Effiziente Koordination im Falle internationaler Finanzkrisen
- ▶ Die Energieabhängigkeit
- ▶ Klimawandel – globale Erwärmung

Alle anderen Herausforderungen müssen/können von den MS (vielleicht) besser bewältigt werden: Überalterung, aktive Beschäftigungspolitik anstatt passiver Sozialpolitik.

Um ein „Social Europe in a global world“⁴⁵ Wirklichkeit werden lassen zu können, müssten im nächsten Finanzrahmen 2014-2021 wesentlich mehr Mittel für die oben genannten Bereiche budgetiert werden. Ein so skizzierte Nachfolgestrategie für die im Jahr 2010 auslaufende L-S könnte auch unter dem Stichwort „Globalisierungspolitik als ‚neue‘ Sozialpolitik der EU“ firmieren.

⁴⁵ Als Begründung für die „Neue Sozialagenda“ argumentiert die EK ähnlich, wenn sie ihre eigene Frage „Warum eine neue Sozialagenda?“ beantwortet: „Der technologische Wandel, die Globalisierung und die Alterung der Bevölkerung verändern die Gesellschaften Europas. Die EU-Politik muss mit diesem Wandel Schritt halten, und sie muss die Menschen bei der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen unterstützen. Die erneuerte Sozialagenda zielt darauf ab, mehr Chancen für die Menschen in der EU zu schaffen, den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen zu verbessern und Solidarität mit denjenigen zu üben, für die der Wandel negative Folgen hat.“ (siehe: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=547&langId=de>).

6. Literatur

- Aghion, Ph., Howitt, P. (2006), "Joseph Schumpeter Lecture: Appropriate Growth Policy: A Unifying Framework", *Journal of the European Economic Association*, Vol. 4, Nos. 2-3, April-Mai 2006, S. 269-314.
- Aiginger, K. (2006), „Competitiveness: From a Dangerous Obsession to a Welfare Creating Ability with Positive Externalities“, *Journal of Industry, Competition and Trade*, Vol. 6, No. 2, June 2006, S. 161-177.
- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E. (2006), *Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation: Zusammenfassung*, WIFO, Oktober 2006.
- Andersen, T.M., Svarer, M. (2007), „Flexicurity – Labour Market Performance in Denmark“, *CESifo Economic Studies*, Vol. 53, No. 3, 2007, S. 389-429.
- Beck, R., Fidora, M. (2008), *The impact of sovereign wealth funds on global financial markets*, ECB, Occasional Paper Series, No. 91, July 2008.
- Begg, I., Draxler, J., Mortensen, J. (2008), *Is Social Europe Fit for Globalisation?, A study on the social impact of globalisation in the European Union*, Centre for European Policy Studies (CEPS), European Commission, Brussels, March 2008.
- Breuss, F. (2005), *Die Zukunft der Lissabon-Strategie*, WIFO Working Paper, Nr. 244, Februar 2005.
- Breuss, F. (2006), „Can the Relaunch of the Lisbon Agenda Solve the Puzzler of why Deeper Integration did not Lead to More Growth in Europe?“, in: *Lissabon vertiefen: Studien zu Produktivität, Dienstleistungen und Technologien*, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2006, S. 161-166.
- Breuss, F. (ed.) (2007), *The Stability and Growth Pact: Experiences and Future Aspects*, Springer-Verlag: Wien-New York, 2007.
- Breuss, F. (2008A), „Die Zukunft Europas“, in: *Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Hrsg., Das Österreichische Außenwirtschaftsleitbild: Globalisierung gestalten – Erfolg durch Offenheit und Innovation*, Wien, 2008, S. 33-63.
- Breuss, F. (2008B), „EU und Globalisierung“, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 3/2008.
- Breuss, F. (2008C), „Globalisation, EU enlargement and income distribution“, *International Journal of Public Policy (IJPP)*, forthcoming 2008.
- Breuss, F., Fink, G., Griller, St. (eds.) (2008), *Services Liberalisation in the Internal Market*, Springer-Verlag: Wien-New York, 2008.
- Carone, G., Denis, D., Mc Morrow, K., Mourre, G., Röger, W. (2006), *Long-term labour productivity and GDP projections for the EU25 Member States: a production function framework*, *European Economy*, European Commission, Economic Papers, No. 253, Brussels, June 2006.

-
- Cohen-Tanugi, L. (2008), „EuroWorld 2015 : A European Strategy for Globalisation“, Report for the Frechn presidency of the Council of the European Union, Paris, July 2008 (französische Erstversion : „Euromonde 2015: Une Strategie Européenne pour la Mondialisation“, Rapport en vue de la présidence française du Conseil de l'Union européenne, Paris, Avril 208).
- Conway, P., de Rosa, Nicoletti, G., Steiner, F. (2006), Regulation, Competition and Productivity Convergence, OECD Economics Department Working Paper, No. 509, Parils, 4 September 2006.
- Delors-Weißbuch (1993): Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung: Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM(93) 700 endg., Brüssel, 5. Dezember 1993 (veröffentlicht in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage, Brüssel-Luxemburg 6/93).
- Denis, C., Mc Morrow, K., Röger, W. (2004): “An analysis of EU and US productivity developments”, European Economy, Economic Papers, European Commission, No. 208, July 2004.
- Denis, C., Mc Morrow, K., Röger, W., Veugelers, R. (2005), The Lisbon Strategy and the EU's structural productivity problem, European Commission, Economic Papers, Brussels, No. 221, February 2005.
- EK (2001), Europäisches Regieren: Ein Weißbuch, Brüssel, KOM(2001), 428 endgültig, 25.07.2001.
- EK (2003), Report from the Commission on European Governance, Luxembourg, 2003.
- EK (2005A), The economic costs of non-Lisbon – A survey of the literature on the economic impact of Lisbon-type reforms, European Economy, Occasional Papers, European Commission, No. 16, March 2005.
- EK (2005B), Strategischer Plan zur legalen Zuwanderung, Europäische Kommission, KOM (2005) 669 endgültig, Brüssel, 21.12.2005.
- EK (2006A), The impact of ageing on public expenditure: projections for the EU25 Member States on pensions, health care, longterm care, education and unemployment transfers (2004-2050), Report prepared by the Economic Policy Committee and the European Commission (DG ECFIN), European Economy, Brussels, Special Report 1/2006.
- EK (2006B), „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt: Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung“, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM (2006), Brüssel, den 4. Oktober 2006.

-
- EK (2007A), „Ein Binnenmarkt für die Bürger“, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Zwischenbericht für die Frühjahrstagung 2007 des Europäischen Rates, Brüssel, KOM(2007) 60 endgültig, 21.2.2007.
- EK (2007B), Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit, Europäische Kommission, GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, Brüssel, Juli 2007.
- EK (2007C), „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“, Brüssel, KOM (2007) 725 endgültig, 20.11.2007.
- EK (2007D), The EU economy: 2007 review: Moving Europe's productivity frontier, European Commission, Communication, COM (2007) 721 final, Brussels, 21 November 2007.
- EK (2007E), Vorschlag für ein Lissabon-Programm der Gemeinschaft 2008-2010, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen, Brüssel, KOM(2007) 804 endgültig, 11.12.2007.
- EK (2008A), „Eine erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität des 21. Jahrhunderts“, Mitteilung der Kommission and das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel, KOM(2008), 412 endg., 2.7.2008.
- EK (2008B), Global Europe: EU performance in the global economy, Brussels, October 27, 2008.
- ER Lissabon (2000A), Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23.-24. März 2000.
- ER Nizza (2000B), Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Nizza), 7., 8. und 9. Dezember 2000.
- ER Stockholm (2001A), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Stockholm), 23.-24. März 2001.
- ER Göteborg (2001B), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Göteborg), 15.-16. Juni 2001.
- ER Barcelona (2002), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Barcelona), 15.-16. März 2002.
- ER Brüssel (2005A), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Brüssel), 22.-23. März 2005.
- ER Brüssel (2005B), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Brüssel), 16.-17. Juni 2005.
- ER Brüssel (2006), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Brüssel), 23.-24. März 2006.
- ER Brüssel (2007), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Brüssel), 8.-9. März 2007.

-
- ER Brüssel (2008A), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Brüssel), 13.-14. März 2008.
- ER Brüssel (2008B), Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Brüssel), 15.-16. Oktober 2008.
- Eurobarometer (2008A), Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, EB 69, Erste Ergebnisse, Europäische Kommission, Brüssel, Juni 2008.
- Eurostat (2008), "Population projections 2008-2060: From 2015, deaths projected to outnumber births in the EU27", eurostat newsrelease, 119, 26. August 2008.
- Everaert, L., Schule, W. (2008), "Whay it Pays to Synchronize Structural Reforms in the Euro Area across Markets and Countries", IMF Staff Papers, Vol. 55, No. 2, 2008, S. 356-366.
- Gelauff, G.M.M., Lejour, A.M. (2006), Five Lisbon highlights: The economic impact of reaching these targets, CPB Document, The Hague, No. 104, January (revised May), 2006.
- Geppert, J. (2006), Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS), MKW Wirtschaftsforschung, Saarbrücken, 2006.
- Ilzkovitz, F., Dierx, A., Sousa, N. (2008), An Analysis of the Possible Causes of Product Market Malfunctioning in the EU: First results for manufacturing and service sectors, European Economy, Economic Papers, No. 336, August 2008.
- IMF (2007), World Economic Outlook October 2007: Globalization and Inequality, World Economic and Financial Surveys, International Monetary Fund: Washington, D.C., October 2007.
- Journal of Industry, Competition and Trade (2006), "Special Issue on Competitiveness", Vol. 6, No. 2, June 2006.
- Kohler, W. (2006), "The 'Lisbon Goal' of the EU: Rhetoric or Substance?", Journal of Industry, Competition and Trade, Vol. 6, No. 2, June 2006, S. 85-113.
- Kok, W. (2004): Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigen-gruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Brüssel, 3. November 2004.
- Krugman, P.R. (1999): "Internationale Wettbewerbsfähigkeit – eine gefährliche Obsession", in: P.R. Krugman, Der Mythos vom Globalen Wirtschaftskrieg: Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen, Campus, Frankfurt am Main, 1999, 21-42.
- Marin, D. (2008), "The New Corporation in Europe", Bruegel Policy Brief, Issue 07, Brussels, September 2008.
- Pisani-Ferry, J., Sapir, A. (2006), Last Exit to Lisbon, bruegel policy brief, Issue 02, Brussels, March 2006.
- Sapir, A. (2005), "Globalisation and the Reform of European Social Models", Bruegel policy brief, Issue 01, Brussels, November 2005.

Sapir, A., Aghion, Ph., Bertola, G., Hellwig, M., Pisani-Ferry, J., Rosati, D., Vinals, J., Wallace, H. (eds.) (2004), *An Agenda for a Growing Europe: The Sapir Report*, Oxford: Oxford University Press, 2004.

Sapir, A. (ed.) (2007), *Fragmented Power: Europe and the Global Economy*, Bruegel Books, Brussels, 2007.

Spidla, V. (2008), "Die Menschen müssen mobiler werden", *Der Standard*, 9.9.2008, S. 39.

Stern, N. (2006), *Stern Review on the Economics of Climate Change*, London, 30. October 2006.